Beschlußempfehlung und Bericht **des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)**

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksache 12/4993 —

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte **und der Patentanwälte**

A. Problem

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinen Entscheidungen vom 14. Juli 1987 zum anwaltlichen Standesrecht und vom 4. November 1992 zum Zweitberuf neben der Anwaltstätigkeit dem Gesetzgeber aufgegeben, das anwaltliche und das patentanwaltliche Berufsrecht auf eine formell und materiell einwandfreie Rechtsgrundlage zu stellen.

Der Gesetzgeber hat die wesentlichen Berufspflichten zu normieren, deren Ausgestaltung durch eine berufsverbandliche Satzungs-kompetenz ermöglicht werden soll. Die Rechtsanwaltschaft und die Patentanwaltschaft sollen zugleich ein modernes Berufsrecht erhalten, das ihre Wettbewerbsfähigkeit national und international stärkt.

Daneben ist die Rechtseinheit in Deutschland auf dem Gebiet des Berufsrechts der Rechtsanwälte herzustellen.

B. Lösung

Die wesentlichen statusbildenden Berufspflichten des Rechtsanwalts und des Patentanwalts werden über die bestehenden Generalklauseln des § 43 Bundesrechtsanwaltsordnung, § 39 Patentanwaltsordnung hinaus genauer und vollständiger beschrieben. Für den Erlaß einer die Grundpflichten ausfüllenden Berufsordnung als Satzung wird bei der Bundesrechtsanwaltskammer eine Satzungsversammlung gebildet, deren Zusammensetzung den Grundsätzen der demokratischen Legitimation entspricht. Die

Satzungskompetenz für eine die Berufspflichten des Patentanwalts im einzelnen ausfüllende Berufsordnung wird der Versammlung der Kammer übertragen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Rechtsanwaltschaft und Patentanwaltschaft wird verbessert durch Regelungen über die berufliche Zusammenarbeit.

Die Beschränkungen der Postulationsfähigkeit (§ 78 Zivilprozeßordnung) werden modifiziert.

Das in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen fortgeltende Rechtsanwaltsgesetz vom 13. September 1990 wird aufgehoben.

Der Rechtsausschuß hat den Regierungsentwurf weitgehend übernommen. Aus dem Entwurf nicht übernommen wurden insbesondere die Vorschläge hinsichtlich der Voraussetzungen für die Zulassung beim Oberlandesgericht und der Ermächtigungskompetenz für die Länder, für die Zukunft zu entscheiden, ob die Simultan- oder die Singularzulassung bei dem Oberlandesgericht gelten soll.

Geändert hat der Rechtsausschuß unter anderem den Vorschlag zur Versagung der Berufstätigkeit des Rechtsanwalts und des Patentanwalts bei Ausübung eines Zweitberufs. Neu aufgenommen in den Gesetzentwurf hat der Ausschuß eine damit in Zusammenhang stehende Neufassung der Vorschrift über den Rechtsanwalt in ständigen Dienstverhältnissen.

Der Rechtsausschuß empfiehlt einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs in der geänderten Fassung.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Ländern und Gemeinden entstehen durch das Gesetz keine Kosten. Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf — Drucksache 12/4993 — in der aus der
anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzuneh-
men.

Bonn, den 13. Mai 1994

Der Rechtsausschuß**Horst Eylmann**Vorsitzender und
Berichterstatter**Detlef Kleinert (Hannover)**

Berichterstatter

Klaus-Heiner Lehne**Margot von Renesse**

Berichterstatterin

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte

— Drucksache 12/4993 —

mit den Beschlüssen des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Artikel 1

Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung

Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung

1. § 7 Nr. 8 wird wie folgt gefaßt:

1. unverändert

„8. wenn der Bewerber eine Tätigkeit ausübt, die mit dem Beruf des Rechtsanwalts, insbesondere seiner Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege nicht vereinbar ist oder das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährden kann;“.

2. In § 12 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

2. **Dem** § 12 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die Aushändigung der Urkunde darf erst erfolgen, wenn der Abschluß der Berufshaftpflichtversicherung (§ 51a) nachgewiesen ist oder eine vorläufige Deckungszusage vorliegt.“

„Die Aushändigung der Urkunde darf erst erfolgen, wenn der Abschluß der Berufshaftpflichtversicherung (§ 51) nachgewiesen ist oder eine vorläufige Deckungszusage vorliegt.“

3. § 14 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

3. § 14 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 9 wird wie folgt gefaßt:

a) unverändert

„9. wenn der Rechtsanwalt eine Tätigkeit ausübt, die mit seinem Beruf, insbesondere seiner Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege nicht vereinbar ist oder das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährden kann; dies gilt nicht, wenn der Widerruf für ihn eine unzumutbare Härte bedeuten würde;“.

b) Nach Nummer 9 wird folgende Nummer 10 eingefügt:

b) Nach Nummer 9 wird folgende Nummer 10 eingefügt:

„10. wenn der Rechtsanwalt nicht die vorgeschriebene Berufshaftpflichtversicherung (§ 51a) unterhält.“

„10. wenn der Rechtsanwalt nicht die vorgeschriebene Berufshaftpflichtversicherung (§ 51) unterhält.“

Entwurf

4. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Ist der Rechtsanwalt wegen einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung zur Wahrnehmung seiner Rechte in dem Verfahren nicht in der Lage, bestellt das Amtsgericht auf Antrag der Landesjustizverwaltung einen Betreuer als gesetzlichen Vertreter in dem Verfahren; die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für das Verfahren bei Anordnung einer Betreuung nach §§ 1896 ff. BGB sind entsprechend anzuwenden. Zum Betreuer soll ein Rechtsanwalt bestellt werden.“

b) In Absatz 6 wird nach Satz 2 eingefügt:

„Im Falle des § 14 Abs. 2 Nr. 10 ist die Anordnung in der Regel zu treffen.“

5. § 20 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Nummer 4 aufgehoben.

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Die Zulassung bei einem Oberlandesgericht in den Ländern, in denen ein bei einem Landgericht zugelassener Rechtsanwalt zugleich bei dem übergeordneten Oberlandesgericht zugelassen werden kann, setzt voraus, daß der Bewerber fünf Jahre lang zur Rechtsanwaltschaft zugelassen war. In den Ländern, in denen der bei einem Oberlandesgericht zugelassene Rechtsanwalt nicht zugleich bei einem anderen Gericht zugelassen sein darf, soll der Bewerber in der Regel erst zugelassen werden, wenn er fünf Jahre lang zur Rechtsanwaltschaft zugelassen war.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

6. Die §§ 22 und 24 werden aufgehoben.

7. § 25 wird wie folgt neu gefaßt:

„§ 25

Zulassung bei dem Oberlandesgericht

(1) Die bei den Landgerichten in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt zugelassenen Rechtsanwälte können auf Antrag zugleich bei dem übergeordneten Oberlandesgericht zugelassen werden. *)

*) Falls die Länder Brandenburg und Thüringen durch Gesetz entscheiden, daß der bei einem Oberlandesgericht zugelassene Rechtsanwalt zugleich bei einem Landgericht zugelassen sein darf, ist die Vorschrift zu ergänzen.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

4. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Ist der Rechtsanwalt wegen einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung zur Wahrnehmung seiner Rechte in dem Verfahren nicht in der Lage, bestellt das Amtsgericht auf Antrag der Landesjustizverwaltung einen Betreuer als gesetzlichen Vertreter in dem Verfahren; die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für das Verfahren bei Anordnung einer Betreuung nach §§ 1896 bis 1908 i des **Bürgerlichen Gesetzbuches** sind entsprechend anzuwenden. Zum Betreuer soll ein Rechtsanwalt bestellt werden.“

b) unverändert

5. entfällt

6. unverändert

7. entfällt

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(2) In den übrigen Ländern darf der bei einem Oberlandesgericht zugelassene Rechtsanwalt nicht zugleich bei einem anderen Gericht zugelassen sein.

(3) Die Länder werden ermächtigt, durch Gesetz bis zum 31. Dezember 1999 zu entscheiden, daß

1. der bei einem Gericht des ersten Rechtszuges der ordentlichen Gerichtsbarkeit zugelassene Rechtsanwalt zugleich bei dem übergeordneten Oberlandesgericht und der bei dem übergeordneten Oberlandesgericht ausschließlich zugelassene Rechtsanwalt zugleich bei einem untergeordneten Gericht zuzulassen ist,
2. der bei einem Oberlandesgericht zugelassene Rechtsanwalt nicht zugleich bei einem anderen Gericht zugelassen sein kann."

8. § 27 wird wie folgt geändert:	8. unverändert
a) Absatz 1 entfällt.	
b) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 1 und 2.	
9. § 29 wird wie folgt geändert:	9. unverändert
a) Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:	
„Ausnahmen von der Kanzleipflicht“;	
b) in Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „den Pflichten“ ersetzt durch die Worte „der Pflicht“.	
10. § 29a wird wie folgt geändert:	10. unverändert
a) Absatz 1 Satz 2 entfällt;	
b) in Absatz 2 werden die Worte „den Pflichten“ ersetzt durch die Worte „der Pflicht“.	
11. In § 30 Abs. 1 wird das Zitat „(§ 27 Abs. 2 Satz 2)“ ersetzt durch „(§ 27 Abs. 1 Satz 2)“.	11. unverändert
12. § 31 wird wie folgt geändert:	12. § 31 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:	a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:
„Der Rechtsanwalt wird in die Liste eingetragen, nachdem er vereidigt ist (§ 26), seinen Wohnsitz angezeigt, eine Kanzlei eingerichtet hat (§ 27) und ihm die Zulassungsurkunde ausgehändigt worden ist.“;	„Der Rechtsanwalt wird in die Liste eingetragen, nachdem er vereidigt ist (§ 26), seinen Wohnsitz angezeigt und eine Kanzlei eingerichtet hat (§ 27).“;
b) in Absatz 2 Satz 2 werden die Worte „den Pflichten“ ersetzt durch die Worte „der Pflicht“;	b) unverändert
c) in Absatz 3 Satz 2 entfallen die Worte „, des § 29a Abs. 1 Satz 2“.	c) unverändert
13. § 34 wird wie folgt geändert:	13. unverändert
In Nummer 3 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt; die Worte „§§ 227a, b bleiben unberührt.“ entfallen.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
14. § 35 Abs. 1 wird wie folgt geändert:	14. unverändert
<p>a) In Absatz 1 Nr. 2 entfallen die Worte „seinen Wohnsitz in dem Oberlandesgerichtsbezirk zu nehmen und“;</p> <p>b) in Absatz 1 Nr. 3 entfällt das Zitat „§ 29a Abs. 1 Satz 2“;</p> <p>c) Absatz 1 Nr. 5 wird wie folgt gefaßt:</p> <p style="padding-left: 40px;">„5. wenn der Rechtsanwalt seine Kanzlei aufgibt, ohne daß er von der Pflicht des § 27 befreit worden ist;“.</p>	
15. Der Fünfte Abschnitt des Zweiten Teils wird aufgehoben.	15. unverändert
16. Die Überschrift vor § 43 wird wie folgt geändert:	16. unverändert
<p>Die nach den Worten „Dritter Teil“ folgende Überschrift „Die Rechte und Pflichten des Rechtsanwalts“ wird ersetzt durch die Worte: „Die Rechte und Pflichten des Rechtsanwalts und die berufliche Zusammenarbeit der Rechtsanwälte“.</p>	
17. Nach § 43 werden folgende §§ 43a bis 43c eingefügt:	17. Nach § 43 werden folgende §§ 43a bis 43c eingefügt:
<p>„§ 43a</p> <p>Grundpflichten des Rechtsanwalts</p> <p>(1) Der Rechtsanwalt darf keine Bindungen eingehen, die seine berufliche Unabhängigkeit gefährden.</p> <p>(2) Der Rechtsanwalt ist zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht bezieht sich auf alles, was ihm in Ausübung seines Berufes bekanntgeworden ist. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.</p> <p>(3) Der Rechtsanwalt darf sich bei seiner Berufsausübung nicht unsachlich verhalten. Unsachlich ist insbesondere ein Verhalten, bei dem es sich um die bewußte Verbreitung von Unwahrheiten oder solche herabsetzenden Äußerungen handelt, zu denen andere Beteiligte oder der Verfahrensverlauf keinen Anlaß gegeben haben.</p> <p>(4) Der Rechtsanwalt darf keine widerstreitenden Interessen vertreten.</p> <p>(5) Der Rechtsanwalt ist bei der Behandlung der ihm anvertrauten Vermögenswerte zu der erforderlichen Sorgfalt verpflichtet. Fremde Gelder sind unverzüglich an den Empfangsberechtigten weiterzuleiten oder auf ein Anderkonto einzuzahlen.</p> <p>(6) Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, sich fortzubilden.</p>	<p>„§ 43a</p> <p>unverändert</p>

Entwurf

§ 43 b

Werbung

Werbung ist dem Rechtsanwalt nur erlaubt, soweit sie über die berufliche Tätigkeit sachlich unterrichtet, *nicht reklamehaft* und nicht auf die Erteilung eines Auftrags im Einzelfall gerichtet ist.

§ 43 c

Fachanwaltschaft

(1) Dem Rechtsanwalt, der besondere Kenntnisse und Erfahrungen in einem Rechtsgebiet erworben hat, kann durch die Rechtsanwaltskammer, der er angehört, die Befugnis verliehen werden, eine Fachanwaltsbezeichnung zu führen. Fachanwaltsbezeichnungen gibt es für das Verwaltungsrecht, das Steuerrecht, das Arbeitsrecht und das Sozialrecht. Die Befugnis darf für höchstens zwei Rechtsgebiete erteilt werden.

(2) Über den Antrag des Rechtsanwalts auf Erteilung der Erlaubnis entscheidet der Vorstand der Rechtsanwaltskammer durch einen dem Rechtsanwalt zuzustellenden Bescheid, nachdem ein Ausschuß der Kammer die von dem Rechtsanwalt vorzulegende Nachweise über den Erwerb der besonderen Kenntnisse und Erfahrungen geprüft hat.

(3) Der Vorstand der Rechtsanwaltskammer bildet für jedes Fachgebiet einen Ausschuß und bestellt dessen Mitglieder. Einem Ausschuß gehören mindestens drei Rechtsanwälte an; diese können Mitglieder mehrerer Ausschüsse sein. §§ 75 und 76 sind entsprechend anzuwenden. Mehrere Rechtsanwaltskammern können gemeinsame Ausschüsse bilden.

(4) Die Erlaubnis zum Führen der Fachanwaltsbezeichnung kann mit Wirkung für die Zukunft von dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer zurückgenommen werden, wenn Tatsachen nachträglich bekanntwerden, bei deren Kenntnis die Erlaubnis hätte versagt werden müssen. Sie kann widerrufen werden, wenn eine in der Berufsordnung vorgeschriebene Fortbildung unterlassen wird."

18. § 45 wird wie folgt gefaßt:

„§ 45

Versagung der Berufstätigkeit

(1) Der Rechtsanwalt darf nicht tätig werden, wenn

- er in derselben Rechtssache *insbesondere* als Richter, Schiedsrichter, Staatsanwalt, Angehöriger des öffentlichen Dienstes, Notar, Notarvertreter, Notariatsverweser oder *Konkursverwalter* bereits tätig geworden ist;

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 43 b

Werbung

Werbung ist dem Rechtsanwalt nur erlaubt, soweit sie über die berufliche Tätigkeit **in Form und Inhalt** sachlich unterrichtet und nicht auf die Erteilung eines Auftrags im Einzelfall gerichtet ist.

§ 43 c

unverändert

18. § 45 wird wie folgt gefaßt:

„§ 45

Versagung der Berufstätigkeit

(1) Der Rechtsanwalt darf nicht tätig werden:

- wenn** er in derselben Rechtssache als Richter, Schiedsrichter, Staatsanwalt, Angehöriger des öffentlichen Dienstes, Notar, Notarvertreter oder Notariatsverweser bereits tätig geworden ist;

Entwurf

2. er als Notar, Notarvertreter oder Notariatsverweser eine Urkunde aufgenommen hat und deren Rechtsbestand oder Auslegung streitig ist oder die Vollstreckung aus ihr betrieben wird;
3. er gegen den Träger des von ihm verwalteten Vermögens vorgehen soll in Angelegenheiten, mit denen er als Konkursverwalter, Vergleichsverwalter, Nachlaßverwalter, Testamentsvollstrecker, Betreuer oder in ähnlicher Funktion bereits befaßt war;
4. er in derselben Angelegenheit als sonstiger Berater, der in einem ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnis Rechtsrat erteilt, bereits rechtsbesorgend tätig geworden ist;
5. er mit derselben Angelegenheit außerhalb seiner Anwaltstätigkeit oder einer sonstigen Tätigkeit im Sinne des § 59a Abs. 1 Satz 1 bereits *geschäftlich*, beruflich oder in sonstiger Weise befaßt war.

(2) Der Rechtsanwalt darf nicht tätig werden:

1. als Konkursverwalter, Vergleichsverwalter, Nachlaßverwalter, Testamentsvollstrecker, Betreuer oder in ähnlicher Funktion in Angelegenheiten, mit denen er bereits als Rechtsanwalt gegen den Träger des zu verwaltenden Vermögens befaßt war;
2. als sonstiger Berater, der in einem ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnis Rechtsrat erteilt, wenn er mit derselben Angelegenheit bereits als Rechtsanwalt befaßt war;
3. außerhalb seiner Anwaltstätigkeit oder einer sonstigen Tätigkeit im Sinne des § 59a Abs. 1 Satz 1 dieses Gesetzes *geschäftlich*, beruflich oder in sonstiger Weise in Angelegenheiten, mit denen er bereits als Rechtsanwalt befaßt war.

(3) Die Verbote der Absätze 1 und 2 gelten auch für die mit dem Rechtsanwalt in Sozietät oder in sonstiger Weise zur gemeinschaftlichen Berufsausübung verbundenen oder verbunden gewesenen Rechtsanwälte und Angehörigen anderer Berufe und auch insoweit einer von diesen im Sinne der Absätze 1 und 2 befaßt war.“

Beschlüsse des 6. Ausschusses

2. **wenn** er als Notar, Notarvertreter oder Notariatsverweser eine Urkunde aufgenommen hat und deren Rechtsbestand oder Auslegung streitig ist oder die Vollstreckung aus ihr betrieben wird;
3. **wenn** er gegen den Träger des von ihm verwalteten Vermögens vorgehen soll in Angelegenheiten, mit denen er als Konkursverwalter, Vergleichsverwalter, Nachlaßverwalter, Testamentsvollstrecker, Betreuer oder in ähnlicher Funktion bereits befaßt war;
4. **entfällt**
4. **wenn** er in derselben Angelegenheit außerhalb seiner Anwaltstätigkeit oder einer sonstigen Tätigkeit im Sinne des § 59a Abs. 1 Satz 1 bereits beruflich **tätig** war; **dies gilt nicht, wenn die berufliche Tätigkeit beendet ist.**

(2) Dem Rechtsanwalt ist es untersagt:

1. in Angelegenheiten, mit denen er bereits als Rechtsanwalt gegen den Träger des zu verwaltenden Vermögens befaßt war, als Konkursverwalter, Vergleichsverwalter, Nachlaßverwalter, Testamentsvollstrecker, Betreuer oder in ähnlicher Funktion tätig zu werden;
2. **entfällt**
2. in Angelegenheiten, mit denen er bereits als Rechtsanwalt befaßt war, außerhalb seiner Anwaltstätigkeit oder einer sonstigen Tätigkeit im Sinne des § 59a Abs. 1 Satz 1 beruflich tätig zu werden.

(3) unverändert

18 a. § 46 wird wie folgt gefaßt:

„§ 46

**Rechtsanwälte in ständigen
Dienstverhältnissen**

(1) Der Rechtsanwalt darf für einen Auftraggeber, dem er auf Grund eines ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnisses seine Arbeitszeit und -kraft zur Verfügung stellen muß, vor Gerichten oder Schieds-

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

gerichten nicht in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt tätig werden.

(2) Der Rechtsanwalt darf nicht tätig werden:

1. wenn er in derselben Angelegenheit als sonstiger Berater, der in einem ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnis Rechtsrat erteilt, bereits rechtsbesorgend tätig geworden ist;
2. als sonstiger Berater, der in einem ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnis Rechtsrat erteilt, wenn er mit derselben Angelegenheit bereits als Rechtsanwalt befaßt war.

(3) Die Verbote des Absatzes 2 gelten auch für die mit dem Rechtsanwalt in Sozietät oder in sonstiger Weise zur gemeinschaftlichen Berufsausübung verbundenen oder verbunden gewesenen Rechtsanwälte und Angehörigen anderer Berufe und auch insoweit einer von diesen im Sinne des Absatzes 2 befaßt war.“

19. § 49a wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Text des § 49a wird Absatz 1.
- b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, bei Einrichtungen der Rechtsanwaltschaft für die Beratung von Rechtssuchenden mit geringem Einkommen mitzuwirken. Er kann die Mitwirkung im Einzelfall aus wichtigem Grund ablehnen.“

20. Nach § 49a wird folgender § 49b angefügt:

„§ 49b
Vergütung

(1) Es ist unzulässig, geringere Gebühren und Auslagen zu vereinbaren oder zu fordern, als die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte vorsieht, soweit diese nichts anderes bestimmt. Im Einzelfall darf der Rechtsanwalt besonderen Umständen in der Person des Auftraggebers, insbesondere dessen Bedürftigkeit, Rechnung tragen durch Ermäßigung oder Erlaß von Gebühren oder Auslagen nach Erledigung des Auftrags.

(2) Vereinbarungen, durch die eine Vergütung oder ihre Höhe vom Ausgang der Sache oder vom Erfolg der anwaltlichen Tätigkeit abhängig gemacht wird (Erfolgshonorar) oder nach denen der Rechtsanwalt einen Teil des erstrittenen Betrags als Honorar erhält (quota litis), sind unzulässig.

19. unverändert

20. Nach § 49a wird folgender § 49b angefügt:

„§ 49b
Vergütung

(1) unverändert

(2) unverändert

Entwurf

(3) Die Abgabe und Entgegennahme eines Teils der Gebühren oder sonstiger Vorteile für die Vermittlung von Aufträgen, gleichviel ob im Verhältnis zu einem Rechtsanwalt oder Dritten gleich welcher Art, ist unzulässig. Zulässig ist es jedoch, eine über den Rahmen des § 52 BRAGO hinausgehende Tätigkeit eines anderen Rechtsanwalts angemessen zu honorieren. Die Honorierung der Leistungen hat der Verantwortlichkeit sowie dem Haftungsrisiko der beteiligten Rechtsanwälte und den sonstigen Umständen Rechnung zu tragen. Die Vereinbarung einer solchen Honorierung darf nicht zur Voraussetzung einer Mandatserteilung gemacht werden. Mehrere beauftragte Rechtsanwälte dürfen einen Auftrag gemeinsam bearbeiten und die Gebühren in einem den Leistungen, der Verantwortlichkeit und dem Haftungsrisiko entsprechenden angemessenen Verhältnis untereinander teilen. Die Sätze 2 und 3 gelten nicht für beim Bundesgerichtshof und beim Oberlandesgericht ausschließlich zugelassene Prozeßbevollmächtigte.

(4) Die Abtretung von Gebührenforderungen oder die Übertragung ihrer Einziehung an einen nicht als Rechtsanwalt zugelassenen Dritten, insbesondere an ein Inkassobüro, ist unzulässig, es sei denn, die Forderung ist rechtskräftig festgestellt, ein erster Vollstreckungsversuch fruchtlos ausgefallen und die Pflicht zur Berufsverschwiegenheit wird nicht beeinträchtigt.“

21. § 50 wird wie folgt gefaßt:

„ § 50

Handakten des Rechtsanwalts

(1) Der Rechtsanwalt muß durch Anlegung von Handakten ein geordnetes Bild über die von ihm entfaltete Tätigkeit geben können.

(2) Der Rechtsanwalt hat die Handakten auf die Dauer von fünf Jahren nach Beendigung des Auftrags aufzubewahren. Diese Verpflichtung erlischt jedoch schon vor Beendigung dieses Zeitraumes, wenn der Rechtsanwalt den Auftraggeber aufgefordert hat, die Handakten in Empfang zu nehmen, und der Auftraggeber dieser Aufforderung binnen sechs Monaten, nachdem er sie erhalten hat, nicht nachgekommen ist.

(3) Der Rechtsanwalt kann seinem Auftraggeber die Herausgabe der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist. Dies gilt nicht, soweit die Vorenthaltung der Handakten oder einzelner Schriftstücke nach den Umständen unangemessen wäre.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(3) unverändert

(4) Der Rechtsanwalt, der eine Gebührenforderung erwirbt, ist in gleicher Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet wie der beauftragte Rechtsanwalt. Die Abtretung von Gebührenforderungen oder die Übertragung ihrer Einziehung an einen nicht als Rechtsanwalt zugelassenen Dritten ist unzulässig, es sei denn, die Forderung ist rechtskräftig festgestellt, ein erster Vollstreckungsversuch fruchtlos ausgefallen und **der Rechtsanwalt hat die ausdrückliche, schriftliche Einwilligung des Mandanten eingeholt.**“

21. § 50 wird wie folgt gefaßt:

„ § 50

Handakten des Rechtsanwalts

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) unverändert

Entwurf

(4) Handakten im Sinne der Absätze 2 und 3 dieser Bestimmung sind nur die Schriftstücke, die der Rechtsanwalt aus Anlaß seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat, nicht aber der Briefwechsel zwischen dem Rechtsanwalt und seinem Auftraggeber und die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift erhalten hat.

(5) Dies gilt entsprechend, soweit sich der Rechtsanwalt zum Führen von Handakten der elektronischen Datenverarbeitung bedient."

22. Nach § 50 werden folgende §§ 51 a, 51 b eingefügt:

„§ 51 a

Berufshaftpflichtversicherung

(1) Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus seiner Berufstätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren abzuschließen und die Versicherung während der Dauer seiner Zulassung aufrechtzuerhalten. *Mitversichert ist die Tätigkeit als Zwangsverwalter, Sequester, Sachwalter, Gläubigerausschußmitglied und Gläubigerbeiratsmitglied, Testamentsvollstrecker, Nachlaßpfleger, Nachlaßverwalter, Vormund, Betreuer und Beistand, Schiedsrichter, Abwickler einer Praxis gemäß § 55 BRAO, Zustellungsbevollmächtigter gemäß § 30 BRAO, soweit diese Tätigkeiten nicht überwiegend ausgeübt werden, sowie Tätigkeiten als Notarvertreter für die Dauer von 60 Tagen innerhalb eines Versicherungsjahres. Soweit ein Rechtsanwalt als Konkursverwalter, Vergleichsverwalter oder gerichtlich bestellter Liquidator tätig wird, hat er für dieses Risiko eine Berufshaftpflichtversicherung in angemessener Höhe abzuschließen und aufrechtzuerhalten. Die Versicherung ist zu halten für den Fall, daß der Rechtsanwalt wegen einer bei der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit von ihm selbst oder einer Person, für die er einzutreten hat, begangenen Pflichtverletzung von einem anderen auf Grund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen für einen Vermögensschaden in Anspruch genommen wird. Ein Versicherungsfall ist jede einzelne Pflichtverletzung, die Haftpflichtansprüche gegen den Rechtsanwalt zur Folge haben könnte. Die Mindestversicherungssumme beträgt 500 000 Deutsche Mark für jeden Versicherungsfall. Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden dürfen auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden. Der Versicherungsvertrag muß dem Versicherer die Verpflichtung auferlegen, der Landesjustizverwaltung und der Rechtsanwaltskammer den Beginn und die Beendigung oder Kündigung des Versicherungsvertrages sowie jede Änderung des Versicherungsvertrages, die den vorgeschriebenen Versicherungsschutz beeinträchtigt, unverzüglich mitzu-*

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(4) unverändert

(5) **Absatz 4** gilt entsprechend, soweit sich der Rechtsanwalt zum Führen von Handakten der elektronischen Datenverarbeitung bedient."

22. Nach § 50 werden folgende §§ 51, 51 a eingefügt:

„§ 51

Berufshaftpflichtversicherung

(1) Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus seiner Berufstätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren **für Vermögensschäden** abzuschließen und die Versicherung während der Dauer seiner Zulassung aufrechtzuerhalten. **Die Versicherung muß bei einem im Inland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen zu den nach Maßgabe des Versicherungsaufsichtsgesetzes eingereichten Allgemeinen Versicherungsbedingungen genommen werden und sich auch auf solche Vermögensschäden erstrecken, für die der Rechtsanwalt nach § 278 oder § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches einzustehen hat.**

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

teilen. Im Versicherungsvertrag kann vereinbart werden, daß sämtliche Pflichtverletzungen bei der Erledigung eines einheitlichen Auftrags, mögen diese auf dem Verschulden des Rechtsanwalts oder einer von ihm herangezogenen Hilfsperson beruhen, als ein Versicherungsfall gelten.

(2) Die Vereinbarung eines Selbstbehalts ist unter der Bedingung zulässig, daß im Versicherungsfall mindestens eine Versicherungsleistung in Höhe von 495 000 Deutsche Mark verbleibt.

(3) Zuständige Stelle im Sinne des § 158 c Abs. 2 des Gesetzes über den Versicherungsvertrag ist die Landesjustizverwaltung.

(2) Der Versicherungsvertrag hat Versicherungsschutz für jede einzelne Pflichtverletzung zu gewähren, die gesetzliche Haftpflichtansprüche privatrechtlichen Inhalts gegen den Rechtsanwalt zur Folge haben könnte; dabei kann vereinbart werden, daß sämtliche Pflichtverletzungen bei Erledigung eines einheitlichen Auftrags, mögen diese auf dem Verhalten des Rechtsanwalts oder einer von ihm herangezogenen Hilfsperson beruhen, als ein Versicherungsfall gelten.

(3) Von der Versicherung kann die Haftung ausgeschlossen werden:

- 1. für Ersatzansprüche wegen wissentlicher Pflichtverletzung,**
- 2. für Ersatzansprüche aus Tätigkeiten über in anderen Staaten eingerichtete oder unterhaltene Kanzleien oder Büros,**
- 3. für Ersatzansprüche aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Beratung und Beschäftigung mit außereuropäischem Recht,**
- 4. für Ersatzansprüche aus Tätigkeiten des Rechtsanwalts vor außereuropäischen Gerichten,**
- 5. für Ersatzansprüche wegen Veruntreuung durch Personal, Angehörige oder Sozilen des Rechtsanwalts.**

(4) Die Mindestversicherungssumme beträgt 500 000 Deutsche Mark für jeden Versicherungsfall. Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden können auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden.

(5) Die Vereinbarung eines Selbstbehalts bis zu 1 vom Hundert der Mindestversicherungssumme ist zulässig.

(6) Im Versicherungsvertrag ist der Versicherer zu verpflichten, der zuständigen Landesjustizverwaltung und der zuständigen Rechtsanwaltskammer den Beginn und die Beendigung oder Kündigung des Versicherungsvertrages sowie jede Änderung des Versicherungsvertrages, die den vorgeschriebenen Versicherungsschutz beeinträchtigt, unverzüglich mitzuteilen.

(7) Zuständige Stelle im Sinne des § 158 c Abs. 2 des Gesetzes über den Versicherungsvertrag ist die Landesjustizverwaltung.

Entwurf

(4) Der Bundesminister der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nach Anhörung der Bundesrechtsanwaltskammer die *Mindestbedingungen für den Inhalt des Versicherungsvertrags* und die Mindestversicherungssumme für die *Pflichtversicherung gemäß Absatz 1 anderweitig* festzusetzen, wenn dies erforderlich ist, um bei einer Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse einen hinreichenden Schutz des Geschädigten sicherzustellen.

§ 51 b

Vertragliche Begrenzung
von Ersatzansprüchen

(1) Der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Rechtsanwalt bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens kann beschränkt werden:

1. durch schriftliche Vereinbarung im Einzelfall bis zur Höhe der Mindestversicherungssumme;
2. durch vorformulierte Vertragsbedingungen auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme, wenn insoweit Versicherungsschutz besteht.

(2) Die Mitglieder einer Sozietät haften aus dem zwischen ihr und dem Auftraggeber bestehenden Vertragsverhältnis als Gesamtschuldner. Die Haftung auf Schadensersatz kann auch durch vorformulierte Vertragsbedingungen beschränkt werden auf einzelne Mitglieder einer Sozietät, die das Mandat im Rahmen ihrer eigenen beruflichen Befugnisse bearbeiten und namentlich bezeichnet sind.“

23. Der bisherige § 51 wird § 51 c.

24. § 56 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) In Aufsichts- und Beschwerdesachen hat der Rechtsanwalt dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer oder einem beauftragten Mitglied des Vorstandes Auskunft zu geben sowie auf Verlangen seine Handakten vorzulegen oder vor dem Vorstand oder dem beauftragten Mitglied zu erscheinen. Das gilt nicht, wenn und soweit der Rechtsanwalt dadurch seine Verpflichtung zur Wahrheitsgemäßheit verletzen oder sich durch wahrheitsgemäße Beantwortung oder Vorlage seiner Handakten die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat, einer Ordnungswidrigkeit oder einer Berufspflichtverletzung verfolgt zu werden und er sich hierauf beruft. Der Rechtsanwalt ist auf das Recht zur Auskunftsverweigerung hinzuweisen.“

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(8) Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung **mit Zustimmung des Bundesrates** nach Anhörung der Bundesrechtsanwaltskammer die Mindestversicherungssumme **anders** festzusetzen, wenn dies erforderlich ist, um bei einer Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse einen hinreichenden Schutz des Geschädigten sicherzustellen.

§ 51 a

Vertragliche Begrenzung
von Ersatzansprüchen

(1) unverändert

(2) Die Mitglieder einer Sozietät haften aus dem zwischen ihr und dem Auftraggeber bestehenden Vertragsverhältnis als Gesamtschuldner. Die **persönliche** Haftung auf Schadensersatz kann auch durch vorformulierte Vertragsbedingungen beschränkt werden auf einzelne Mitglieder einer Sozietät, die das Mandat im Rahmen ihrer eigenen beruflichen Befugnisse bearbeiten und namentlich bezeichnet sind. **Die Zustimmungserklärung zu einer solchen Beschränkung darf keine anderen Erklärungen enthalten und muß vom Auftraggeber unterschrieben sein.**“

23. Der bisherige § 51 wird § 51 b.

24. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

25. Nach § 59 werden folgende §§ 59a und 59b eingefügt:

25. Nach § 59 werden folgende §§ 59a und 59b eingefügt:

„§ 59a

„§ 59a

Berufliche Zusammenarbeit

Berufliche Zusammenarbeit

(1) Rechtsanwälte dürfen sich mit Mitgliedern einer Rechtsanwaltskammer und der Patentanwaltskammer, mit Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfern und vereidigten Buchprüfern in einer Sozietät zur gemeinschaftlichen Berufsausübung im Rahmen der eigenen beruflichen Befugnisse verbinden. § 137 Abs. 1 Satz 2 Strafprozeßordnung und die Bestimmungen, die die Vertretung bei Gericht betreffen, stehen nicht entgegen. Rechtsanwälte, die zugleich Notar sind, dürfen eine solche Sozietät nur bezogen auf ihre anwaltliche Berufsausübung eingehen. Im übrigen richtet sich die Verbindung mit Rechtsanwälten, die zugleich Notar sind, nach den Bestimmungen und Anforderungen des notariellen Berufsrechts.

(1) unverändert

(2) Die Sozietät erfordert eine gemeinschaftliche Kanzlei oder mehrere Kanzleien, in denen verantwortlich zumindest ein Mitglied der Sozietät tätig ist, für das die Kanzlei den Mittelpunkt seiner beruflichen Tätigkeit bildet. § 29a bleibt unberührt.

(2) unverändert

(3) Eine Sozietät dürfen Rechtsanwälte auch bilden:

(3) Eine Sozietät dürfen Rechtsanwälte auch bilden:

1. mit Angehörigen von Rechtsanwaltsberufen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften oder anderen Staaten, die gemäß § 206 Bundesrechtsanwaltsordnung berechtigt sind, sich im Geltungsbereich dieses Gesetzes niederzulassen, und ihre Kanzlei im Ausland unterhalten;

1. mit Angehörigen von Rechtsanwaltsberufen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder anderen Staaten, die gemäß § 206 berechtigt sind, sich im Geltungsbereich dieses Gesetzes niederzulassen, und ihre Kanzlei im Ausland unterhalten;

2. mit Patentanwälten, Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfern oder vereidigten Buchprüfern anderer Staaten, die einen in der Ausbildung und den Befugnissen den Berufen nach der Patentanwaltsordnung, dem Steuerberatungsgesetz oder der Wirtschaftsprüferordnung entsprechenden Beruf ausüben und mit Patentanwälten, Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten oder Wirtschaftsprüfern im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Sozietät bilden dürfen.

2. unverändert

(4) Für Bürogemeinschaften gelten die Absätze 1 und 3 entsprechend.

(4) unverändert

§ 59b

§ 59b

Satzungskompetenz

Satzungskompetenz

(1) Das Nähere zu den beruflichen Rechten und Pflichten wird durch Satzung in einer Berufsordnung bestimmt.

(1) unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>(2) Die Berufsordnung kann im Rahmen der Vorschriften dieses Gesetzes <i>insbesondere</i> näher regeln:</p>	<p>(2) Die Berufsordnung kann im Rahmen der Vorschriften dieses Gesetzes näher regeln:</p>
<p>1. die allgemeinen Berufspflichten und Grundpflichten,</p> <p>a) Gewissenhaftigkeit,</p> <p>b) Wahrung der Unabhängigkeit,</p> <p>c) Verschwiegenheit,</p> <p>d) Sachlichkeit,</p> <p>e) Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen,</p> <p>f) Umgang mit fremden Vermögenswerten,</p> <p>g) <i>Fortbildung</i>,</p> <p>h) Kanzleipflicht;</p>	<p>1. die allgemeinen Berufspflichten und Grundpflichten,</p> <p>a) Gewissenhaftigkeit,</p> <p>b) Wahrung der Unabhängigkeit,</p> <p>c) Verschwiegenheit,</p> <p>d) Sachlichkeit,</p> <p>e) Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen,</p> <p>f) Umgang mit fremden Vermögenswerten,</p> <p>g) Kanzleipflicht;</p>
<p>2. die besonderen Berufspflichten im Zusammenhang mit dem Führen der Fachanwaltsbezeichnung,</p> <p>a) Bestimmung der Rechtsgebiete, in denen weitere Fachanwaltsbezeichnungen verliehen werden können,</p> <p>b) Regelung der Voraussetzungen für die Verleihung der Fachanwaltsbezeichnung und des Verfahrens der Erteilung, der Rücknahme und des Widerrufs der Erlaubnis;</p>	<p>2. unverändert</p>
<p>3. die besonderen Berufspflichten im Zusammenhang mit der Werbung und Angaben über selbst benannte Interessenschwerpunkte;</p>	<p>3. unverändert</p>
<p>4. die besonderen Berufspflichten im Zusammenhang mit der Versagung der Berufstätigkeit;</p>	<p>4. unverändert</p>
<p>5. die besonderen Berufspflichten,</p> <p>a) im Zusammenhang mit der Annahme, Wahrnehmung und Beendigung eines Auftrags,</p> <p>b) gegenüber Rechtsuchenden im Rahmen von Beratungs- und Prozeßkostenhilfe,</p> <p>c) bei der Beratung von Rechtsuchenden mit geringem Einkommen,</p> <p>d) bei der Führung der Handakten;</p>	<p>5. unverändert</p>
<p>6. die besonderen Berufspflichten gegenüber Gerichten und Behörden,</p> <p>a) Pflichten bei der Verwendung von zur Einsicht überlassenen Akten sowie der hieraus erlangten Kenntnisse,</p> <p>b) Pflichten bei Zustellungen,</p> <p>c) Tragen der Berufstracht;</p>	<p>6. unverändert</p>
<p>7. die besonderen Berufspflichten bei der Vereinbarung und Abrechnung der anwaltlichen Gebühren und bei deren Beitreibung;</p>	<p>7. unverändert</p>

Entwurf

8. die besonderen Berufspflichten gegenüber der Rechtsanwaltskammer in Fragen der Aufsicht, das berufliche Verhalten gegenüber anderen *Mitglieder* der Rechtsanwaltskammer, die Pflichten bei beruflicher Zusammenarbeit, die Pflichten im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Rechtsanwälten und der Ausbildung sowie Beschäftigung anderer Mitarbeiter;
9. die besonderen Berufspflichten im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr.“
26. § 89 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 Nr. 2 werden nach dem Wort „Beitrags“ eingefügt: „, der Umlagen und Verwaltungsgebühren“;
- b) in Absatz 2 Nr. 6 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt;
- c) Absatz 2 Nr. 7 wird aufgehoben.
27. In § 94 Abs. 3 Satz 2 wird nach dem Wort „Rechtsanwaltskammer“ eingefügt: „oder der Satzungsversammlung“.
28. § 113 wird wie folgt neu gefaßt:
- „§ 113
- Ahndung einer Pflichtverletzung
- (1) Gegen einen Rechtsanwalt, der schuldhaft gegen Pflichten verstößt, die in diesem Gesetz oder in der Berufsordnung bestimmt sind, wird eine anwaltsgerichtliche Maßnahme verhängt.
- (2) Ein außerhalb des Berufes liegendes Verhalten eines Rechtsanwalts, das *gegen straf- oder bußgeldbewehrte Vorschriften verstößt*, ist eine anwaltsgerichtlich zu ahndende Pflichtverletzung, wenn es nach den Umständen des Einzelfalls in besonderem Maße geeignet ist, Achtung und Vertrauen der Rechtsuchenden in einer für die Ausübung der Anwaltsstätigkeit bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen.
- (3) Eine anwaltsgerichtliche Maßnahme kann nicht verhängt werden, wenn der Rechtsanwalt zur Zeit der Tat der Anwaltsgerichtsbarkeit nicht unterstand.“
29. § 143 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
- Dem Absatz 4 wird angefügt:*
- „Hat der Rechtsanwalt die Berufung eingelegt, so ist bei seiner Abwesenheit in der Hauptverhandlung § 329 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 3 Strafprozeßordnung entsprechend anzuwenden, falls der Rechtsanwalt ordnungsgemäß geladen und in der Ladung ausdrücklich auf die sich aus seiner Abwesenheit ergebende Rechtsfolge hingewiesen wurde; dies gilt nicht, wenn der Rechtsanwalt durch öffentliche Zustellung geladen worden ist.“

Beschlüsse des 6. Ausschusses

8. die besonderen Berufspflichten gegenüber der Rechtsanwaltskammer in Fragen der Aufsicht, das berufliche Verhalten gegenüber anderen **Mitgliedern** der Rechtsanwaltskammer, die Pflichten bei beruflicher Zusammenarbeit, die Pflichten im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Rechtsanwälten und der Ausbildung sowie Beschäftigung anderer Mitarbeiter;
9. unverändert
26. unverändert
27. unverändert
28. § 113 wird wie folgt neu gefaßt:
- „§ 113
- Ahndung einer Pflichtverletzung
- (1) unverändert
- (2) Ein außerhalb des Berufes liegendes Verhalten eines Rechtsanwalts, das **eine rechtswidrige Tat oder eine mit Geldbuße bedrohte Handlung darstellt**, ist eine anwaltsgerichtlich zu ahndende Pflichtverletzung, wenn es nach den Umständen des Einzelfalls in besonderem Maße geeignet ist, Achtung und Vertrauen der Rechtsuchenden in einer für die Ausübung der Anwaltsstätigkeit bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen.
- (3) unverändert
29. **Dem § 143 Abs. 4 wird folgender Satz angefügt:**
- „Hat der Rechtsanwalt die Berufung eingelegt, so ist bei seiner Abwesenheit in der Hauptverhandlung § 329 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 3 Strafprozeßordnung entsprechend anzuwenden, falls der Rechtsanwalt ordnungsgemäß geladen und in der Ladung ausdrücklich auf die sich aus seiner Abwesenheit ergebende Rechtsfolge hingewiesen wurde; dies gilt nicht, wenn der Rechtsanwalt durch öffentliche Zustellung geladen worden ist.“

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>30. Nach § 172 wird folgender § 172 a eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 172 a Sozietät</p> <p>Rechtsanwälte, die beim Bundesgerichtshof zugelassen sind, dürfen nur untereinander eine Sozietät eingehen. Eine solche Sozietät darf nur zwei Rechtsanwälte umfassen.“</p>	30. unverändert
<p>31. § 177 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 2 werden die Nummern 2 und 8 aufgehoben.</p> <p>b) Die bisherigen Nummern 3, 4, 5, 6 und 7 werden die Nummern 2, 3, 4, 5 und 6.</p>	31. unverändert
<p>32. § 179 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 2 Nr. 2 wird wie folgt gefaßt:</p> <p style="padding-left: 2em;">„2. mindestens drei Vizepräsidenten,“;</p> <p>b) es wird folgender Absatz 4 angefügt:</p> <p style="padding-left: 2em;">„(4) Die Hauptversammlung kann weitere Vizepräsidenten bestimmen.“</p>	32. unverändert
<p>33. Nach § 191 werden folgende Überschrift und die §§ 191 a bis 191 e eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„4. Die Satzungsversammlung § 191 a Einrichtung und Aufgabe</p> <p>(1) Bei der Bundesrechtsanwaltskammer wird eine Satzungsversammlung eingerichtet.</p> <p>(2) Die Satzungsversammlung erläßt als Satzung eine Berufsordnung für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufes unter Berücksichtigung der beruflichen Pflichten und nach Maßgabe des § 59 b.</p> <p>(3) Die Satzungsversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.</p> <p>(4) Der Satzungsversammlung gehören <i>als Mitglieder</i> an der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer, die Präsidenten der Rechtsanwaltskammern <i>sowie</i> die von der Versammlung der Kammern nach Maßgabe des § 191 b zu wählenden <i>weiteren</i> Mitglieder.</p> <p style="text-align: center;">§ 191 b Wahl der <i>weiteren</i> Mitglieder der Satzungsversammlung</p> <p>(1) Die <i>weiteren</i> Mitglieder der Satzungsversammlung werden von den Versammlungen der Kammern gewählt.</p>	<p>33. Nach § 191 werden folgende Überschrift und die §§ 191 a bis 191 e eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„4. Die Satzungsversammlung § 191 a Einrichtung und Aufgabe</p> <p>(1) unverändert</p> <p>(2) unverändert</p> <p>(3) unverändert</p> <p>(4) Der Satzungsversammlung gehören an ohne Stimmrecht der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer, die Präsidenten der Rechtsanwaltskammern, mit Stimmrecht die von der Versammlung der Kammern nach Maßgabe des § 191 b zu wählenden Mitglieder.</p> <p style="text-align: center;">§ 191 b Wahl der stimmberechtigten Mitglieder der Satzungsversammlung</p> <p>(1) Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder der Satzungsversammlung bemißt sich nach der Zahl der Kammermitglieder. Es sind zu wählen für je angefangene 1 000 Kammermitglieder ein Mitglied der Satzungsversammlung. Maßgebend ist die Zahl der Kammermitglieder am 1. Januar des Jahres, in dem die Wahl erfolgt.</p>

Entwurf

(2) Die *Zahl der weiteren* Mitglieder der Satzungsversammlung bemißt sich nach der Zahl der Kammermitglieder. Es sind zu wählen für je angefangene 1 000 Kammermitglieder ein Mitglied der Satzungsversammlung. Maßgebend ist die Zahl der Kammermitglieder am 1. Januar des Jahres, in dem die Wahl erfolgt.

(3) § 65 Nr. 1 und 3, §§ 66, 67, 68 Abs. 1, § 69 Abs. 1, 2 und 4, §§ 75, 76 gelten entsprechend.

§ 191 c

Einberufung und Stimmrecht

(1) Die Satzungsversammlung wird durch den Präsidenten der Bundesrechtsanwaltskammer schriftlich einberufen.

(2) Der Präsident muß die Satzungsversammlung einberufen, wenn mindestens fünf Rechtsanwaltskammern oder ein Viertel der Mitglieder der Satzungsversammlung es schriftlich beantragen und hierbei den Gegenstand angeben, der in der Satzungsversammlung behandelt werden soll. Für das weitere Verfahren gilt § 189 entsprechend.

§ 191 d

Leitung der Versammlung, Beschlußfassung

(1) Den Vorsitz der Satzungsversammlung führt der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer. Der Vorsitzende bestimmt den Schriftführer aus der Mitte der Versammlung.

(2) Die Satzungsversammlung ist beschlußfähig, wenn drei Fünftel ihrer Mitglieder anwesend sind.

(3) Die Beschlüsse zur Berufsordnung werden mit der Mehrheit aller Mitglieder gefaßt, sonstige Beschlüsse mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme, ist an Weisungen nicht gebunden und kann seine Stimme nur persönlich abgeben. *Im Falle der Verhinderung werden die Präsidenten durch ihre Vertreter im Amt vertreten.*

(4) Der Wortlaut der von der Satzungsversammlung gefaßten Beschlüsse ist in einer Niederschrift festzuhalten, die vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen und bei der Geschäftsstelle der Bundesrechtsanwaltskammer zu verwahren ist.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(2) Die **stimmberechtigten** Mitglieder der Satzungsversammlung werden **von den Mitgliedern der Kammer aus dem Kreis der vorgeschlagenen Mitglieder in geheimer und unmittelbarer Wahl durch Briefwahl gewählt. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn Kammermitgliedern unterzeichnet sein, Wahlvorschläge bezüglich der Mitglieder der Rechtsanwaltskammer bei dem Bundesgerichtshof von mindestens drei Kammermitgliedern. Gewählt sind die Bewerber, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen.**

(3) § 65 Nr. 1 und 3, §§ 66, 67, 68 Abs. 1, § 69 Abs. 1, 2 und 4, §§ 75, 76 gelten entsprechend. **Scheidet ein stimmberechtigtes Mitglied der Satzungsversammlung aus, so tritt das nicht gewählte Kammermitglied mit der nächsthöheren Stimmenzahl in die Satzungsversammlung ein.**

§ 191 c

Einberufung und Stimmrecht

(1) unverändert

(2) Der Präsident **der Bundesrechtsanwaltskammer** muß die Satzungsversammlung einberufen, wenn mindestens fünf Rechtsanwaltskammern oder ein Viertel der Mitglieder der Satzungsversammlung es schriftlich beantragen und hierbei den Gegenstand angeben, der in der Satzungsversammlung behandelt werden soll. Für das weitere Verfahren gilt § 189 entsprechend.

§ 191 d

Leitung der Versammlung, Beschlußfassung

(1) unverändert

(2) Die Satzungsversammlung ist beschlußfähig, wenn drei Fünftel ihrer **stimmberechtigten** Mitglieder anwesend sind.

(3) Die Beschlüsse zur Berufsordnung werden mit der Mehrheit aller **stimmberechtigten** Mitglieder gefaßt, sonstige Beschlüsse mit der Mehrheit der anwesenden **stimmberechtigten** Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme, ist an Weisungen nicht gebunden und kann seine Stimme nur persönlich abgeben. **Eine Vertretung findet nicht statt.**

(4) unverändert

Entwurf

(5) Die von der Satzungsversammlung gefaßten Beschlüsse treten mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf die Veröffentlichung in den für Verlautbarungen der Bundesrechtsanwaltskammer bestimmten Presseorganen folgt.

§ 191 e

Feststellung der Nichtigkeit und Anfechtung von Beschlüssen der Satzungsversammlung und Verfahren

(1) Beschlüsse der Satzungsversammlung kann der Bundesgerichtshof auf Antrag des Bundesministers der Justiz für nichtig oder unwirksam erklären, wenn sie unter Verletzung des Gesetzes zustande gekommen oder ihrem Inhalt nach mit dem Gesetz nicht vereinbar sind.

(2) Den Antrag kann auch jede Rechtsanwaltskammer stellen.

(3) Im übrigen ist § 91 entsprechend anzuwenden.“

34. § 192 Abs. 3 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:
„Das gleiche gilt in den Fällen des § 8 a Abs. 3, § 9 Abs. 3 und 4.“
35. In § 201 Abs. 3 wird in der Klammer nach „§ 191“ eingefügt: „ , 191 e“.

36. In § 207 Abs. 1 werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:
„Diese Bescheinigung ist der Landesjustizverwaltung jährlich neu vorzulegen. Kommt das Mitglied der Rechtsanwaltskammer dieser Pflicht nicht nach oder fallen die Voraussetzungen des § 206 Abs. 2 weg, ist die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer zu widerrufen.“

37. In § 209 Abs. 1 Satz 4 werden die Zitate „§ 42 a Abs. 2“ ersetzt durch „§ 43 c Abs. 1 Satz 2“.

38. § 226 wird aufgehoben.

39. Die §§ 227 a und 227 b werden aufgehoben.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(5) unverändert

§ 191 e

Prüfung von Beschlüssen der Satzungsversammlung durch die Aufsichtsbehörde

Die Satzung tritt drei Monate nach Übermittlung an das Bundesministerium der Justiz in Kraft, soweit nicht das Bundesministerium der Justiz die Satzung oder Teile derselben aufhebt.

34. unverändert

35. entfällt

- 35 a. § 205 a Abs. 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Die Frist endet nicht, solange gegen den Rechtsanwalt ein Strafverfahren, ein anwaltschaftliches oder ein berufsgerichtliches Verfahren oder ein Disziplinarverfahren schwebt, eine andere berufsgerichtliche Maßnahme oder bei Anwaltsnotaren eine Disziplinarmaßnahme berücksichtigt werden darf oder ein auf Geldbuße lautendes Urteil noch nicht vollstreckt worden ist.“

36. unverändert

37. In § 209 Abs. 1 Satz 4 werden jeweils die Zitate „§ 42 a Abs. 2“ ersetzt durch „§ 43 c Abs. 1 Satz 2“.

38. § 226 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Die bei den Landgerichten in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen zugelassenen Rechtsanwälte können auf Antrag zugleich bei dem übergeordneten Oberlandesgericht zugelassen werden.“

39. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

40. § 8 a Abs. 2 Satz 2, Satz 3, § 9 Abs. 2 Satz 2, § 11 Abs. 2 Satz 2, § 16 Abs. 5 Satz 2, Abs. 6 Satz 4, Satz 5, § 21 Abs. 2 Satz 2, § 28 Abs. 3 Satz 4, § 29 Abs. 3 Satz 4, § 33 Abs. 2, § 35 Abs. 2 Satz 5, Satz 6, § 36 a Abs. 3 Satz 1, §§ 37, 40 Abs. 1 Satz 1, Satz 3, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 3, § 41 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1, Satz 2, Abs. 4, Abs. 5, § 42 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, Satz 2, Abs. 3, Abs. 4 Satz 1, § 57 Abs. 3 Satz 1, Satz 3, Satz 4, Satz 8, § 66 Nr. 2, § 69 Abs. 4 Satz 1, § 73 Abs. 2 Nr. 5, § 74 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, § 74 a Abs. 1 Satz 1, Satz 2, Abs. 2 Satz 1, Satz 5, Satz 7, Abs. 3 Satz 1, Satz 2, Abs. 4 Satz 1, Abs. 5 Satz 1, Satz 2, § 89 Abs. 2 Nr. 5, § 91 Abs. 1 Satz 2, Abs. 4, Abs. 5, Abs. 6 Satz 1, Satz 2, § 92 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3, § 93 Abs. 1 Satz 1, § 94 Abs. 1 Satz 1, Satz 2, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1, Satz 2, Abs. 4, § 95 Abs. 1 Satz 1, Satz 2, Abs. 2 Satz 1, Satz 2, Abs. 3, Abs. 4, §§ 96, 97, 98 Abs. 1, Abs. 3, Abs. 4 Satz 1, § 99 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1, Satz 2, Abs. 3, § 100 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3, Abs. 4, § 101 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1, § 102 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, § 103 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1, Satz 2, Satz 3, Satz 4, Abs. 3 Satz 2, § 104 Satz 1, § 105 Abs. 1, Abs. 2 erster Halbsatz, § 108 Abs. 2, § 114 Abs. 1, Abs. 2, § 114 a Abs. 3 Satz 1, § 115 a Abs. 1 Satz 1, Satz 2, Abs. 2 Satz 1, § 115 b Satz 1, § 116 Satz 1, § 117 Satz 1, §§ 117 a, 118 Abs. 1 Satz 1, Satz 2, Satz 3, Abs. 2, Abs. 3 Satz 1, Satz 2, Abs. 4 Satz 1, § 118 a Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, Satz 2, §§ 118 b, 119 Abs. 1, Abs. 2, §§ 120, 120 a, 121, 122 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 1, Satz 2, Abs. 4, § 123 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 1, Satz 2, Satz 4, Abs. 4, § 130 Satz 3, § 131 Abs. 1, §§ 132, 135 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 2, § 137 Satz 1, Satz 2, § 138 Abs. 1, § 139 Abs. 3, § 140 Abs. 1 Satz 1, Satz 2, Abs. 2, Abs. 3 Satz 3, §§ 141, 142, 143 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1, §§ 144, 145 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3 Satz 2, § 146 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 2, § 148 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, Satz 2, § 149 Abs. 1 Satz 1, Satz 2, Abs. 3 Satz 2, § 150 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3, § 156 Abs. 1, § 157 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, Abs. 3 Satz 1, §§ 158, 159 a Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, § 159 b Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, § 163 Satz 2, §§ 195, 197 Abs. 1 Satz 1, Satz 2, erster und zweiter Halbsatz, Abs. 2 Satz 1, § 197 a Abs. 1 Satz 1, Satz 2, Abs. 2, Abs. 3 Satz 2, § 198 Abs. 2 Satz 1, § 199 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2, Satz 3, § 203 Abs. 2, § 204 Abs. 3, § 205 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1, Satz 2, § 205 a Abs. 1 Satz 2, Satz 3, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4, Abs. 6 Satz 1, § 209 Abs. 2 Satz 3, § 223 Abs. 3 Satz 1, Satz 2, Abs. 4, § 227 a Abs. 8, § 228 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 und die Überschriften der §§ 40, 41, 74 a, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 100, 101, 102, 103, 104, 114, 115 a, 118, 118 a, 118 b, 121, 123, 131, 139, 144, 196, 197 a, 199, 204, 228 sowie die Überschriften des Fünften Teils, des Ersten Abschnitts des Fünften Teils, des Sechsten Teils, des Siebenten Teils, der Nummer 3 des Zweiten Abschnitts und der Nummern 1 und 2 des Dritten Abschnitts des Siebenten Teils, des Zweiten Abschnitts des Zehnten Teils und des Elften Teils, werden wie folgt geändert:
40. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Die Worte „Ehrengericht, Ehrengerichten, Ehrengerichts, Ehrengerichtshof, Ehrengerichtshofes, ehrengerichtliche, ehrengerichtlichen, ehrengerichtliches, ehrengerichtlicher“ werden ersetzt durch die Worte: „Anwaltsgericht, Anwaltsgerichten, Anwaltsgerichts, Anwaltsgerichtshof, Anwaltsgerichtshofes, anwaltsgerichtliche, anwaltsgerichtlichen, anwaltsgerichtliches, anwaltsgerichtlicher.“

41. § 9 Abs. 2 Satz 1, § 11 Abs. 2 Satz 1, § 16 Abs. 5 Satz 1, § 21 Abs. 2 Satz 1, § 29 Abs. 3 Satz 3, § 28 Abs. 3 Satz 3, § 29 Abs. 3 Satz 3, §§ 37, 90 Abs. 1, § 100 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3, § 122 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 2, §§ 142, 143 Abs. 1, § 163 Satz 2, § 203 Abs. 1, § 223 Abs. 1 Satz 1, § 228 Abs. 2 sowie die Überschrift des Fünften Teils und die Überschrift des Zweiten Abschnitts des Fünften Teils werden wie folgt geändert:

Die Worte „Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte“ werden ersetzt durch das Wort: „Anwaltsgerichtshof“.

41. unverändert

41. a. In § 107 Abs. 2, § 109 Abs. 1, § 163 Satz 1 § 169 Abs. 1 § 170 Abs. 1, § 173 Abs. 1, Abs. 2, § 176 Abs. 2, § 185 Abs. 4, § 191 Abs. 1, § 206 Abs. 2 Satz 2, § 221 Satz 2, § 224 und in der Überschrift des § 163 werden jeweils

- a) die Worte „Der Bundesminister“ durch die Worte „Das Bundesministerium“,
- b) die Worte „der Bundesminister“ durch die Worte „das Bundesministerium“,
- c) die Worte „dem Bundesminister“ durch die Worte „dem Bundesministerium“,
- d) die Worte „des Bundesministers“ durch die Worte „des Bundesministers“,

ersetzt.“

Artikel 2

Änderung der Patentanwaltsordnung

Die Patentanwaltsordnung vom 7. September 1966 (BGBl. I 1966 S. 557), die zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Die Befähigung für den Beruf des Patentanwalts hat erlangt, wer die technische Befähigung (§ 6) erworben und danach die Prüfung über die erforderlichen Rechtskenntnisse (§ 8) bestanden hat und mindestens ein halbes Jahr bei einem Patentanwalt tätig gewesen ist. Die Ausbildung bei einem Patentanwalt (§ 7 Abs. 1) ist auf die Tätigkeit nach Satz 1 anzurechnen.“

2. § 13 wird wie folgt geändert:

Die Absätze 3 und 4 werden aufgehoben.

Artikel 2

Änderung der Patentanwaltsordnung

1. unverändert

2. unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
3. § 14 Abs. 1 wird wie folgt geändert:	3. unverändert
a) Nummer 8 wird wie folgt gefaßt:	
„8. wenn der Bewerber eine Tätigkeit ausübt, die mit dem Beruf des Patentanwalts, insbesondere seiner Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege nicht vereinbar ist oder das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährden kann;“.	
b) Nummer 9 wird aufgehoben.	
c) Die bisherigen Nummern 10, 11, 12, 13 werden die Nummern 9, 10, 11, 12.	
4. In § 16 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Nummern 5 bis 10“ durch die Worte „Nummern 5 bis 9“ ersetzt.	4. unverändert
5. Dem § 19 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:	5. unverändert
„Die Aushändigung der Urkunde darf erst erfolgen, wenn der Abschluß der Berufshaftpflichtversicherung (§ 45) nachgewiesen ist oder eine vorläufige Deckungszusage vorliegt.“	
6. § 21 wird wie folgt geändert:	6. unverändert
a) In Absatz 2 wird die Nummer 5 aufgehoben.	
b) Die bisherigen Nummern 6 bis 12 werden die Nummern 5 bis 11.	
c) Nummer 11 wird wie folgt gefaßt:	
„11. wenn der Patentanwalt eine Tätigkeit ausübt, die mit seinem Beruf, insbesondere seiner Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege nicht vereinbar ist oder das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährden kann; dies gilt nicht, wenn der Widerruf für ihn eine unzumutbare Härte bedeuten würde;“.	
d) Nach Nummer 11 wird folgende Nummer 12 angefügt:	
„12. wenn der Patentanwalt nicht die vorgeschriebene Berufshaftpflichtversicherung (§ 45) unterhält.“	
e) In Absatz 3 Nr. 2 werden die Worte „Absatzes 2 Nr. 7“ durch die Worte „Absatzes 2 Nr. 6“ ersetzt.	
7. § 22 wird wie folgt gefaßt:	7. unverändert

„§ 22

Widerruf der Zulassung wegen Nichtbestellung eines Zustellungsbevollmächtigten

Die Zulassung zur Patentanwaltschaft kann widerrufen werden, wenn der Patentanwalt, der von der Befreiung nach § 165 Gebrauch gemacht hat, nicht binnen drei Monaten nach der Eintragung in die Liste der Patentanwälte oder dem Wegfall des bisherigen Zustellungsbevollmächtigten einen Zustellungsbevollmächtigten bestellt hat.“

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

8. § 23 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Ist der Patentanwalt wegen einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung zur Wahrnehmung seiner Rechte nicht in der Lage, bestellt das Amtsgericht auf Antrag des Präsidenten des Patentamts einen Betreuer als gesetzlichen Vertreter in dem Verfahren; die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für das Verfahren bei Anordnung einer Betreuung nach §§ 1896 ff. BGB gelten entsprechend. Zum Betreuer soll ein Patentanwalt oder ein Rechtsanwalt bestellt werden.“

b) In Absatz 6 wird nach Satz 2 eingefügt:

„Im Falle des § 21 Abs. 2 Nr. 12 ist die Anordnung in der Regel zu treffen.“

9. § 26 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:

„Kanzlei“.

b) Die Worte „seinen Wohnsitz nehmen und“ werden gestrichen.

10. § 27 wird wie folgt neu gefaßt:

„§ 27

Kanzleien in anderen Staaten

(1) Den Vorschriften dieses Abschnitts steht nicht entgegen, daß der Patentanwalt auch in anderen Staaten Kanzleien einrichtet oder unterhält. Der Präsident des Patentamts befreit einen solchen Patentanwalt von der Pflicht des § 26, wenn er für Gerichte und Parteien ohne Behinderung erreichbar ist.

(2) Der Präsident des Patentamts befreit einen Patentanwalt, der seine Kanzlei ausschließlich in anderen Staaten einrichtet, von der Pflicht des § 26, sofern nicht überwiegende Interessen der Rechtspflege entgegenstehen. Der Vorstand der Patentanwaltskammer ist vorher zu hören.

(3) Der Patentanwalt hat die Anschrift seiner Kanzlei und seines Wohnsitzes in einem anderen Staat sowie deren Änderung dem Präsidenten des Deutschen Patentamts und der Patentanwaltskammer mitzuteilen.

(4) Der Bescheid, durch den ein Antrag auf Befreiung abgelehnt, eine Befreiung unter Auflagen erteilt oder eine Befreiung widerrufen wird, ist mit Gründen zu versehen. Er ist dem Patentanwalt zuzustellen. Gegen den Bescheid kann der Patentanwalt innerhalb eines Monats nach Zustellung bei dem Oberlandesgericht den Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen. § 18 Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden.“

8. § 23 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Ist der Patentanwalt wegen einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung zur Wahrnehmung seiner Rechte nicht in der Lage, bestellt das Amtsgericht auf Antrag des Präsidenten des Patentamts einen Betreuer als gesetzlichen Vertreter in dem Verfahren; die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für das Verfahren bei Anordnung einer Betreuung nach §§ 1896 bis 1908 i des Bürgerlichen Gesetzbuches gelten entsprechend. Zum Betreuer soll ein Patentanwalt oder ein Rechtsanwalt bestellt werden.“

b) unverändert

9. unverändert

10. unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
11. § 29 wird wie folgt geändert:	11. § 29 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:	a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:
„Der Patentanwalt wird in die Liste eingetragen, nachdem er vereidigt ist (§ 25), seinen Wohnsitz angezeigt, eine Kanzlei eingerichtet hat (§ 26) und ihm die Zulassungsurkunde ausgehändigt worden ist.“	„Der Patentanwalt wird in die Liste eingetragen, nachdem er vereidigt ist (§ 25), seinen Wohnsitz angezeigt und eine Kanzlei eingerichtet hat (§ 26).“
b) Absatz 3 wird wie folgt neu gefaßt:	b) unverändert
„(3) In der Liste sind Zeitpunkt der Zulassung und der Vereidigung, der Wohnsitz und die Kanzlei des Patentanwalts sowie eine Erlaubnis, eine Zweigstelle einzurichten, zu vermerken. Eine Befreiung von der Kanzleipflicht wird vermerkt.“	
12. Die Überschrift vor § 39 wird wie folgt gefaßt:	12. unverändert
„Dritter Teil Die Rechte und Pflichten des Patentanwalts und die berufliche Zusammenarbeit der Patentanwälte“.	
13. Nach § 39 werden folgende §§ 39 a und 39 b eingefügt:	13. Nach § 39 werden folgende §§ 39 a und 39 b eingefügt:
„§ 39 a Grundpflichten des Patentanwalts	„§ 39 a unverändert
(1) Der Patentanwalt darf keine Bindungen eingehen, die seine berufliche Unabhängigkeit gefährden.	
(2) Der Patentanwalt ist zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht bezieht sich auf alles, was ihm in Ausübung seines Berufes bekanntgeworden ist. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.	
(3) Der Patentanwalt darf sich bei seiner Berufsausübung nicht unsachlich verhalten. Unsachlich ist insbesondere ein Verhalten, bei dem es sich um die bewußte Verbreitung von Unwahrheiten oder solche herabsetzenden Äußerungen handelt, zu denen andere Beteiligte oder der Verfahrensablauf keinen Anlaß gegeben haben.	
(4) Der Patentanwalt darf keine widerstreitenden Interessen vertreten.	
(5) Der Patentanwalt ist bei der Behandlung der ihm anvertrauten Vermögenswerte zu der erforderlichen Sorgfalt verpflichtet. Fremde Gelder sind unverzüglich an den Empfangsberechtigten weiterzuleiten oder auf ein Anderkonto einzuzahlen.	
(6) Der Patentanwalt ist verpflichtet, sich fortzubilden.	

Entwurf

§ 39b

Werbung

Werbung ist dem Patentanwalt nur erlaubt, soweit sie über die berufliche Tätigkeit unterrichtet, *nicht reklamehaft* und nicht auf die Erteilung eines Auftrags im Einzelfall gerichtet ist.“

14. § 41 wird wie folgt gefaßt:

„§ 41

Versagung der Berufstätigkeit

(1) Der Patentanwalt darf nicht tätig werden, wenn

1. er in derselben Rechtssache, *insbesondere* als Richter, Schiedsrichter oder als Angehöriger des öffentlichen Dienstes bereits tätig geworden ist;
2. er in derselben Angelegenheit oder in demselben Zweig der Technik oder Fachgebiet als sonstiger Berater, der in einem ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnis eine Tätigkeit auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes ausübt, bereits rechtsbelegend tätig gewesen ist;
3. er mit derselben Angelegenheit oder mit derselben Zweig der Technik oder Fachgebiet außerhalb seiner Patentanwaltstätigkeit oder einer sonstigen Tätigkeit im Sinne des § 52 a Abs. 1 Satz 1 bereits geschäftlich, beruflich oder in sonstiger Weise befaßt war.

(2) Der Patentanwalt darf nicht tätig werden:

1. als sonstiger Berater, der in einem ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnis eine Tätigkeit auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes ausübt, wenn er mit derselben Angelegenheit oder demselben Zweig der Technik oder Fachgebiet bereits als Patentanwalt befaßt war;
2. außerhalb seiner Patentanwaltstätigkeit oder einer sonstigen Tätigkeit im Sinne des § 52 a Abs. 1 Satz 1 geschäftlich, beruflich oder in sonstiger Weise in Angelegenheiten oder in denselben Zweigen der Technik oder Fachgebiet, mit denen er bereits als Patentanwalt befaßt war.

(3) Die Verbote der Absätze 1 und 2 gelten auch für die mit dem Patentanwalt in Sozietät oder in sonstiger Weise zur gemeinschaftlichen Berufsausübung verbundenen oder verbunden gewesenen Patentanwälte und Angehörigen anderer Berufe und auch insoweit einer von diesen im Sinne der Absätze 1 und 2 befaßt war.“

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 39b

Werbung

Werbung ist dem Patentanwalt nur erlaubt, soweit sie über die berufliche Tätigkeit **in Form und Inhalt sachlich** unterrichtet und nicht auf die Erteilung eines Auftrags im Einzelfall gerichtet ist.“

14. § 41 wird wie folgt gefaßt:

„§ 41

Versagung der Berufstätigkeit

(1) Der Patentanwalt darf nicht tätig werden,

1. **wenn** er in derselben Rechtssache als Richter, Schiedsrichter oder als Angehöriger des öffentlichen Dienstes bereits tätig geworden ist;
2. **entfällt**
2. **wenn** er außerhalb seiner Patentanwaltstätigkeit oder einer sonstigen Tätigkeit im Sinne des § 52 a Abs. 1 Satz 1 mit derselben Angelegenheit bereits befaßt gewesen ist oder mit einer solchen, die einen vergleichbaren technischen oder naturwissenschaftlichen Gegenstand oder Sachverhalt betrifft, geschäftlich oder beruflich befaßt ist.

(2) Dem Patentanwalt ist es untersagt, in derselben Angelegenheit oder in einer solchen, die einen vergleichbaren technischen oder naturwissenschaftlichen Gegenstand oder Sachverhalt betrifft, mit der er bereits als Patentanwalt befaßt gewesen ist, außerhalb seiner Patentanwaltstätigkeit oder einer sonstigen Tätigkeit im Sinne des § 52 a Abs. 1 Satz 1 geschäftlich oder beruflich tätig zu werden.

(3) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

15. Nach § 41 wird folgender § 41 a eingefügt:

„§ 41 a

Patentanwälte in ständigen Dienstverhältnissen

Der Patentanwalt darf für einen Auftraggeber, dem er auf Grund eines ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnisses seine Arbeitszeit und -kraft *überwiegend* zur Verfügung stellen muß, vor Gerichten, Schiedsgerichten oder Behörden nicht in seiner Eigenschaft als Patentanwalt tätig werden.“

16. § 43 wird wie folgt geändert:

Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Der Patentanwalt ist verpflichtet, bei Einrichtungen der Patentanwaltskammer für die Beratung von Rechtsuchenden mit geringem Einkommen mitzuwirken. Er kann die Mitwirkung im Einzelfall aus wichtigem Grund ablehnen.“

17. Nach § 43 wird folgender § 43 a angefügt:

„§ 43 a

Vergütung

(1) Vereinbarungen, durch die eine Vergütung oder ihre Höhe vom Ausgang der Sache oder vom Erfolg der anwaltlichen Tätigkeit abhängig gemacht wird (Erfolgshonorar) oder nach denen der Patentanwalt einen Teil des erstrittenen Betrags als Honorar erhält (quota litis), sind unzulässig.

15. Nach § 41 wird folgender § 41 a eingefügt:

„§ 41 a

Patentanwälte in ständigen Dienstverhältnissen

(1) Der Patentanwalt darf für einen Auftraggeber, dem er auf Grund eines ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnisses seine Arbeitszeit und -kraft zur Verfügung stellen muß, vor Gerichten, Schiedsgerichten oder Behörden nicht in seiner Eigenschaft als Patentanwalt tätig werden.

(2) Der Patentanwalt darf nicht tätig werden:

1. wenn er als sonstiger Berater, der in einem ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnis eine Tätigkeit auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes ausübt, in derselben Angelegenheit bereits tätig geworden ist, oder in einer solchen, die eine technische oder naturwissenschaftliche Verwertbarkeit für das Arbeitsgebiet ergibt, mit dem er als Berater in einem ständigen Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis befaßt ist; es sei denn, es besteht ein gemeinsames Interesse,
2. als sonstiger Berater, der in einem ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnis eine Tätigkeit auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes ausübt, wenn er als Patentanwalt mit derselben Angelegenheit bereits befaßt gewesen ist oder mit einer solchen, die eine technische oder naturwissenschaftliche Verwertbarkeit für das Arbeitsgebiet eines Auftraggebers ergibt, für den er als Patentanwalt tätig ist; es sei denn, es besteht ein gemeinsames Interesse.

(3) Die Verbote des Absatzes 2 gelten auch für die mit dem Patentanwalt in Sozietät oder in sonstiger Weise zur gemeinschaftlichen Berufsausübung verbundenen oder verbunden gewesenen Patentanwälte und Angehörige anderer Berufe und auch insoweit einer von diesen im Sinne der Absätze 1 und 2 befaßt ist.“

16. unverändert

17. Nach § 43 wird folgender § 43 a angefügt:

„§ 43 a

Vergütung

(1) unverändert

Entwurf

(2) Die Abgabe und Entgegennahme eines Teils der Honorare oder sonstiger Vorteile für die Vermittlung von Aufträgen, gleichviel ob im Verhältnis zu einem Patentanwalt oder Dritten gleich welcher Art, ist unzulässig. Zulässig ist es jedoch, die mitwirkende Tätigkeit eines anderen Patentanwalts angemessen zu honorieren. Die Honorierung der Leistungen hat der Verantwortlichkeit sowie dem Haftungsrisiko der beteiligten Patentanwälte und den sonstigen Umständen Rechnung zu tragen. Die Vereinbarung einer solchen Honorierung darf nicht zur Voraussetzung einer Mandatserteilung gemacht werden. Mehrere Patentanwälte dürfen einen Auftrag gemeinsam bearbeiten und die Honorare in einem den Leistungen, der Verantwortlichkeit und dem Haftungsrisiko entsprechenden angemessenen Verhältnis untereinander teilen.

(3) Die Abtretung von *Honorarforderungen* oder die Übertragung ihrer Einziehung an einen nicht als Patentanwalt zugelassenen Dritten, insbesondere an ein *Inkassobüro* ist unzulässig, es sei denn, die Forderung ist rechtskräftig festgestellt, ein erster Vollstreckungsversuch fruchtlos ausgefallen und *die Pflicht zur Berufsverschwiegenheit wird nicht beeinträchtigt.*"

18. § 44 wird wie folgt gefaßt:

„§ 44

Handakten des Patentanwalts

(1) Der Patentanwalt muß durch Anlegung von Handakten ein geordnetes Bild über die von ihm entfaltete Tätigkeit geben können.

(2) Der Patentanwalt hat die Handakten auf die Dauer von fünf Jahren nach Beendigung des Auftrages aufzubewahren. Diese Verpflichtung erlischt jedoch schon vor Beendigung dieses Zeitraumes, wenn der Patentanwalt den Auftraggeber aufgefordert hat, die Handakten in Empfang zu nehmen, und der Auftraggeber dieser Aufforderung binnen sechs Monaten, nachdem er sie erhalten hat, nicht nachgekommen ist.

(3) Der Patentanwalt kann seinem Auftraggeber die Herausgabe der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Honorare und Auslagen befriedigt ist. Dies gilt nicht, soweit die Vorenthaltung der Handakten oder einzelner Schriftstücke nach den Umständen unangemessen wäre.

(4) Handakten im Sinne der Absätze 2 und 3 dieser Bestimmung sind nur die Schriftstücke, die der Patentanwalt aus Anlaß seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat, nicht aber der Briefwechsel zwischen dem Patentanwalt und seinem Auftraggeber und die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift erhalten hat.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(2) unverändert

(3) Der Patentanwalt, der eine Gebührenforderung erwirbt, ist in gleicher Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet, wie der beauftragte Patentanwalt. Die Abtretung von **Gebührenforderungen** oder die Übertragung ihrer Einziehung an einen nicht als Patentanwalt zugelassenen Dritten ist unzulässig, es sei denn, die Forderung ist rechtskräftig festgestellt, ein erster Vollstreckungsversuch fruchtlos ausgefallen und **der Patentanwalt hat die ausdrückliche, schriftliche Einwilligung des Mandanten eingeholt.**"

18. § 44 wird wie folgt gefaßt:

„§ 44

Handakten des Patentanwalts

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) unverändert

Entwurf

(5) Dies gilt entsprechend, soweit sich der Patentanwalt zum Führen von Handakten der elektronischen Datenverarbeitung bedient."

19. Nach § 44 werden folgende §§ 45, 45a eingefügt:

„ § 45

Berufshaftpflichtversicherung

(1) Der Patentanwalt ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus seiner Berufstätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren abzuschließen und die Versicherung während der Dauer seiner Zulassung aufrechtzuerhalten. Die Versicherung ist zu halten für den Fall, daß der Patentanwalt wegen einer bei der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit von ihm selbst oder einer Person, für die er einzutreten hat, begangenen Pflichtverletzung von einem anderen auf Grund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen für einen Vermögensschaden in Anspruch genommen wird. Ein Versicherungsfall ist jede einzelne Pflichtverletzung, die Haftpflichtansprüche gegen den Patentanwalt zur Folge haben könnten. Die Mindesthaftpflichtversicherungssumme beträgt 500 000 Deutsche Mark für jeden Versicherungsfall. Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden dürfen auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden. Der Versicherungsvertrag muß dem Versicherer die Verpflichtung auferlegen, dem Präsidenten des Deutschen Patentamts und der Patentanwaltskammer den Beginn und die Beendigung oder die Kündigung des Versicherungsvertrages sowie jede Änderung des Versicherungsvertrages, die den vorgeschriebenen Versicherungsschutz beeinträchtigt, unverzüglich mitzuteilen. Im Versicherungsvertrag kann vereinbart werden, daß sämtliche Pflichtverletzungen bei der Erledigung eines einheitlichen Auftrags, mögen diese auf dem Verschulden des Patentanwalts oder einer von ihm herangezogenen Hilfsperson beruhen, als ein Versicherungsfall gelten.

(2) Die Vereinbarung eines Selbstbehalts ist unter der Bedingung zulässig, daß im Versicherungsfall mindestens eine Versicherungsleistung in Höhe von 495 000 Deutsche Mark verbleibt.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(5) **Absatz 4** gilt entsprechend, soweit sich der Patentanwalt zum Führen von Handakten der elektronischen Datenverarbeitung bedient."

19. Nach § 44 werden folgende §§ 45, 45a eingefügt:

„ § 45

Berufshaftpflichtversicherung

(1) Der Patentanwalt ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus seiner Berufstätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren für **Vermögensschäden** abzuschließen und die Versicherung während der Dauer seiner Zulassung aufrechtzuerhalten. Die Versicherung **muß bei einem im Inland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen zu den nach Maßgabe des Versicherungsaufsichtsgesetzes eingereichten Allgemeinen Versicherungsbedingungen** genommen werden und sich auch auf solche Vermögensschäden erstrecken, für die der Patentanwalt nach § 278 oder § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches einzustehen hat.

(2) Der Versicherungsvertrag hat Versicherungsschutz für jede einzelne Pflichtverletzung zu gewähren, die gesetzliche Haftpflichtansprüche privatrechtlichen Inhalts gegen den Patentanwalt zur Folge haben könnte; dabei kann vereinbart werden, daß sämtliche Pflichtverletzungen bei Erledigung eines einheitlichen Auftrags, mögen diese auf dem Verhalten des Patentanwalts oder einer von ihm herangezogenen Hilfsperson beruhen, als ein Versicherungsfall gelten.

(3) Von der Versicherung kann die Haftung ausgeschlossen werden:

1. für Ersatzansprüche wegen wissentlicher Pflichtverletzung,

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(3) Zuständige Stelle im Sinne des § 158 c Abs. 2 des Gesetzes über den Versicherungsvertrag ist der Präsident des Deutschen Patentamts.

(4) Der Bundesminister der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nach Anhörung der Patentanwaltskammer die Mindestbedingungen für den Inhalt des Versicherungsvertrags und die Mindestversicherungssumme für die Pflichtversicherung gemäß Absatz 1 anderweitig festzusetzen, wenn dies erforderlich ist, um bei einer Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse einen hinreichenden Schutz des Geschädigten sicherzustellen.

§ 45 a

Vertragliche Begrenzung von Ersatzansprüchen

(1) Der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Patentanwalt bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens kann beschränkt werden:

1. durch schriftliche Vereinbarung im Einzelfall bis zur Höhe der Mindestversicherungssumme;

2. für Ersatzansprüche aus Tätigkeiten über in anderen Staaten eingerichtete oder unterhaltene Kanzleien oder Büros,

3. für Ersatzansprüche aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Beratung und Beschäftigung mit außereuropäischem Recht,

4. für Ersatzansprüche aus Tätigkeiten des Patentanwalts vor außereuropäischen Gerichten,

5. für Ersatzansprüche wegen Veruntreuung durch Personal, Angehörige oder Sozies des Patentanwalts.

(4) Die Mindestversicherungssumme beträgt 500 000 Deutsche Mark für jeden Versicherungsfall. Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden können auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden.

(5) Die Vereinbarung eines Selbstbehalts bis zu 1 vom Hundert der Mindestversicherungssumme ist zulässig.

(6) Im Versicherungsvertrag ist der Versicherer zu verpflichten, dem Präsidenten des Deutschen Patentamts und der Patentanwaltskammer den Beginn und die Beendigung oder Kündigung des Versicherungsvertrages sowie jede Änderung des Versicherungsvertrages, die den vorgeschriebenen Versicherungsschutz beeinträchtigt, unverzüglich mitzuteilen.

(7) Zuständige Stelle im Sinne des § 158 c Abs. 2 des Gesetzes über den Versicherungsvertrag ist der Präsident des Deutschen Patentamts.

(8) Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nach Anhörung der Patentanwaltskammer die Mindestversicherungssumme anders festzusetzen, wenn dies erforderlich ist, um bei einer Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse einen hinreichenden Schutz der Geschädigten sicherzustellen.

§ 45 a

Vertragliche Begrenzung von Ersatzansprüchen

(1) Der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Patentanwalt bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens kann beschränkt werden:

1. durch schriftliche Vereinbarung im Einzelfall bis zur Höhe der Mindestversicherungssumme;

Entwurf

2. durch vorformulierte Vertragsbedingungen auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme *nach diesem Gesetz*, wenn insoweit Versicherungsschutz besteht.

(2) Die Mitglieder einer Sozietät haften aus dem zwischen ihr und dem Auftraggeber bestehenden Vertragsverhältnis als Gesamtschuldner. Die Haftung auf Schadensersatz kann auch durch vorformulierte Vertragsbedingungen beschränkt werden auf einzelne Mitglieder einer Sozietät, die das Mandat im Rahmen ihrer eigenen beruflichen Befugnisse bearbeiten und namentlich bezeichnet sind.“

20. Der bisherige § 45 wird § 45 b.

21. In § 46 Abs. 4 Satz 3 wird das Zitat „10 bis 12“ durch „9 bis 11“ ersetzt.

22. In § 48 Abs. 1 Satz 2 wird das Zitat „10 bis 12“ durch „9 bis 11“ ersetzt.

23. § 49 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) In Aufsichts- und Beschwerdesachen hat der Patentanwalt dem Vorstand der Patentanwaltskammer oder einem beauftragten Mitglied des Vorstandes Auskunft zu geben, sowie auf Verlangen seine Handakten vorzulegen oder bei dem Vorstand oder dem beauftragten Mitglied zu erscheinen. Das gilt nicht, wenn und soweit der Patentanwalt dadurch seine Verpflichtung zur Verschwiegenheit verletzen oder sich durch wahrheitsgemäße Beantwortung oder Vorlage seiner Handakten die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat, einer Ordnungswidrigkeit oder einer Berufspflichtverletzung verfolgt zu werden und er sich hierauf beruft. Der Patentanwalt ist auf das Recht zur Auskunftsverweigerung hinzuweisen.“

24. Nach § 52 werden folgende §§ 52a und 52b eingefügt:

„ § 52a

Berufliche Zusammenarbeit

(1) Patentanwälte dürfen sich mit Mitgliedern der Patentanwaltskammer und einer Rechtsanwaltskammer, mit Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfern und vereidigten Buchprüfern in einer Sozietät zur gemeinschaftlichen Berufsausübung im Rahmen der eigenen beruflichen Befugnisse verbinden. Die Verbindung mit Rechtsanwälten, die zugleich Notar sind, richtet sich nach den Bestimmungen und Anforderungen des notariellen Berufsrechts.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

2. durch vorformulierte Vertragsbedingungen auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme, wenn insoweit Versicherungsschutz besteht.

(2) Die Mitglieder einer Sozietät haften aus dem zwischen ihr und dem Auftraggeber bestehenden Vertragsverhältnis als Gesamtschuldner. Die **persönliche** Haftung auf Schadensersatz kann auch durch vorformulierte Vertragsbedingungen beschränkt werden auf einzelne Mitglieder einer Sozietät, die das Mandat im Rahmen ihrer eigenen beruflichen Befugnisse bearbeiten und namentlich bezeichnet sind. **Die Zustimmungserklärung zu einer solchen Beschränkung darf keine anderen Erklärungen enthalten und muß vom Auftraggeber unterschrieben sein.**“

20. unverändert

21. unverändert

22. unverändert

23. unverändert

24. Nach § 52 werden folgende §§ 52a und 52b eingefügt:

„ § 52a

Berufliche Zusammenarbeit

(1) unverändert

Entwurf

(2) Die Sozietät erfordert eine gemeinschaftliche Kanzlei oder mehrere Kanzleien, in denen verantwortlich zumindest ein Mitglied der Sozietät tätig ist, für das diese Kanzlei den Mittelpunkt seiner beruflichen Tätigkeit bildet; § 27 bleibt unberührt.

(3) Eine Sozietät dürfen Patentanwälte auch bilden:

1. mit Angehörigen von Patentanwaltsberufen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, die gemäß § 154 a *Patentanwaltsordnung* berechtigt sind, sich im Geltungsbereich dieses Gesetzes niederzulassen und ihre Kanzlei im Ausland unterhalten;
2. mit Rechtsanwälten, Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfern oder vereidigten Buchprüfern anderer Staaten, die einen in der Ausbildung und den Befugnissen den Berufen nach der Bundesrechtsanwaltsordnung, dem Steuerberatungsgesetz oder der Wirtschaftsprüferordnung entsprechenden Beruf ausüben und mit Rechtsanwälten, Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten oder Wirtschaftsprüfern im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Sozietät bilden dürfen.

(4) Für Bürogemeinschaften gelten die Absätze 1 und 3 entsprechend.

§ 52 b

Satzungskompetenz

(1) Das Nähere zu den beruflichen Rechten und Pflichten wird von der Versammlung der Kammer durch Satzung in einer Berufsordnung bestimmt.

(2) Die Berufsordnung kann im Rahmen der Vorschriften dieses Gesetzes *insbesondere* näher regeln:

1. die allgemeinen Berufspflichten und die Grundpflichten,
 - a) Gewissenhaftigkeit,
 - b) Wahrung der Unabhängigkeit,
 - c) Verschwiegenheit,
 - d) Sachlichkeit,
 - e) Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen,
 - f) Umgang mit fremden Vermögenswerten,
 - g) Fortbildung,
 - h) Kanzleipflicht;
2. die besonderen Berufspflichten im Zusammenhang mit der Werbung;
3. die besonderen Berufspflichten im Zusammenhang mit der Versagung der Berufstätigkeit;

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(2) unverändert

(3) Eine Sozietät dürfen Patentanwälte auch bilden:

1. mit Angehörigen von Patentanwaltsberufen aus Mitgliedstaaten der Europäischen **Union**, die gemäß § 154 a berechtigt sind, sich im Geltungsbereich dieses Gesetzes niederzulassen, und ihre Kanzlei im Ausland unterhalten;
2. unverändert

(4) unverändert

§ 52 b

Satzungskompetenz

(1) unverändert

(2) Die Berufsordnung kann im Rahmen der Vorschriften dieses Gesetzes näher regeln:

1. die allgemeinen Berufspflichten und die Grundpflichten,
 - a) Gewissenhaftigkeit,
 - b) Wahrung der Unabhängigkeit,
 - c) Verschwiegenheit,
 - d) Sachlichkeit,
 - e) Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen,
 - f) Umgang mit fremden Vermögenswerten,
 - g) Kanzleipflicht;
2. unverändert
3. unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
4. die besonderen Berufspflichten, a) im Zusammenhang mit der Annahme, Wahrnehmung und Beendigung eines Auftrags, b) gegenüber Rechtsuchenden im Rahmen von Beratungs- und Prozeßkostenhilfe, c) bei der Beratung von Rechtsuchenden mit geringem Einkommen, d) bei der Führung der Handakten;	4. unverändert
5. die besonderen Berufspflichten gegenüber Gerichten und Behörden, a) Pflichten bei der Verwendung von zur Einsicht überlassenen Akten sowie der hieraus erlangten Kenntnisse, b) Pflichten bei Zustellungen, c) Tragen der Berufstracht;	5. unverändert
6. die besonderen Berufspflichten bei der Vereinbarung und Abrechnung der Vergütung und bei deren Beitreibung;	6. unverändert
7. die besonderen Berufspflichten gegenüber der Patentanwaltskammer in Fragen der Aufsicht, das berufliche Verhalten gegenüber anderen Mitgliedern der Patentanwaltskammer, die Pflichten bei beruflicher Zusammenarbeit sowie die Pflichten im Zusammenhang mit Ausbildung und Beschäftigung anderer Mitarbeiter;	7. unverändert
8. die besonderen Berufspflichten im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr."	8. unverändert
25. § 82 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 2 Nr. 1 werden nach dem Wort „die“ die Worte „Berufsordnung (§ 52 b Abs. 1) und die“ eingefügt. b) In Absatz 2 Nr. 5 werden nach dem Wort „Beitrags“ die Worte „, der Umlagen und Verwaltungsgebühren“ eingefügt. c) In Absatz 2 werden die Nummern 3 und 10 aufgehoben. d) Die bisherigen Nummern 4, 5, 6, 7, 8, 9 werden die Nummern 3, 4, 5, 6, 7, 8.	25. unverändert
	25 a. Nach § 82 wird folgender § 82 a eingefügt: <div style="text-align: center;">„§ 82 a Prüfung von Beschlüssen der Versammlung der Kammer durch die Aufsichtsbehörde Die Satzung tritt drei Monate nach Übermittlung an das Bundesministerium der Justiz in Kraft, soweit nicht das Bundesministerium der Justiz die Satzung oder Teile derselben aufhebt.“</div>

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

26. In § 83 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Bei Beschlüssen der Versammlung der Kammer in Berufsordnungsangelegenheiten kann auch der Bundesminister der Justiz den Antrag gemäß Absatz 1 stellen.“

27. § 95 wird wie folgt gefaßt:

„§ 95

Ahndung einer Pflichtverletzung

(1) Gegen einen Patentanwalt, der schuldhaft gegen Pflichten verstößt, die in diesem Gesetz oder in der Berufsordnung bestimmt sind, wird eine berufsgerichtliche Maßnahme verhängt.

(2) Ein außerhalb des Berufes liegendes Verhalten eines Patentanwalts, das *gegen straf- oder bußgeldbewehrte Vorschriften verstößt*, ist eine berufsgerichtlich zu ahndende Pflichtverletzung, wenn es nach den Umständen des Einzelfalls in besonderem Maß geeignet ist, Achtung und Vertrauen der Rechtsuchenden in einer für die Ausübung der Patentanwaltstätigkeit bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen.

(3) Eine berufsgerichtliche Maßnahme kann nicht verhängt werden, wenn der Patentanwalt zur Zeit der Tat der patentanwaltlichen Berufsgerechtheit nicht unterstand.“

28. In § 125 Abs. 4 werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„Hat der Patentanwalt die Berufung eingelegt, so ist bei seiner Abwesenheit in der Hauptverhandlung § 329 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 3 Strafprozeßordnung entsprechend anzuwenden, falls der Patentanwalt ordnungsgemäß geladen und in der Ladung ausdrücklich auf die sich aus seiner Abwesenheit ergebende Rechtsfolge hingewiesen wurde; dies gilt nicht, wenn der Patentanwalt durch öffentliche Zustellung geladen worden ist.“

29. Der Neunte Teil wird wie folgt gefaßt:

„Neunter Teil

Berufsangehörige aus anderen Staaten

§ 154 a

Niederlassung

Ein Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen *Gemeinschaften*, der seine berufliche Tätigkeit unter einer der in Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen, für die Berufe des Rechtsanwalts und des Patentanwalts genannten Berufsbezeichnungen ausübt, ist berechtigt, sich unter dieser Berufsbezeichnung zur Rechtsbesorgung auf dem Gebiet ausländischen und interna-

26. entfällt

27. § 95 wird wie folgt gefaßt:

„§ 95

Ahndung einer Pflichtverletzung

(1) unverändert

(2) Ein außerhalb des Berufes liegendes Verhalten eines Patentanwalts, das **eine rechtswidrige Tat oder eine mit Geldbuße bedrohte Handlung darstellt**, ist eine berufsgerichtlich zu ahndende Pflichtverletzung, wenn es nach den Umständen des Einzelfalls in besonderem Maße geeignet ist, Achtung und Vertrauen der Rechtsuchenden in einer für die Ausübung der Patentanwaltstätigkeit bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen.

(3) unverändert

28. unverändert

29. Der Neunte Teil wird wie folgt gefaßt:

„Neunter Teil

Berufsangehörige aus anderen Staaten

§ 154 a

Niederlassung

Ein Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen **Union**, der seine berufliche Tätigkeit unter einer der in Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen, für die Berufe des Rechtsanwalts und des Patentanwalts genannten Berufsbezeichnungen ausübt, ist berechtigt, sich unter dieser Berufsbezeichnung zur Rechtsbesorgung auf dem Gebiet ausländischen und interna-

Entwurf

tionalen gewerblichen Rechtsschutzes im Geltungsbereich dieses Gesetzes niederzulassen, wenn er auf Antrag in die Patentanwaltskammer aufgenommen ist.

§ 154 b

Verfahren, berufliche Stellung

(1) Über den Antrag auf Aufnahme in die Patentanwaltskammer entscheidet der Präsident des Deutschen Patentamts. Dem Antrag ist eine Bescheinigung der im Herkunftsstaat zuständigen Behörde über die Zugehörigkeit zu dem Beruf beizufügen. Diese Bescheinigung ist dem Präsidenten des Patentamts jährlich neu vorzulegen. Kommt das Mitglied der Patentanwaltskammer dieser Pflicht nicht nach, ist die Aufnahme in die Patentanwaltskammer zu widerrufen.

(2) Für die Entscheidung über den Antrag, die Rechtsstellung nach Aufnahme in die Patentanwaltskammer sowie die Rücknahme und den Widerruf der Aufnahme in die Patentanwaltskammer gelten sinngemäß der Zweite Teil, mit Ausnahme der §§ 5 bis 13, 14 Abs. 1 Nr. 12, 19, 25 bis 27, 29 bis 32, der Dritte, Vierte und Sechste bis Achte Teil sowie die §§ 163, 165, 184, 185 dieses Gesetzes. Vertretungsverbote nach § 96 Abs. 1 Nr. 4 sowie § 132 sind für den Geltungsbereich dieses Gesetzes auszusprechen. An die Stelle der Ausschließung aus der Patentanwaltschaft (§ 96 Abs. 1 Nr. 5) tritt das Verbot, im Geltungsbereich dieses Gesetzes fremde Rechtsangelegenheiten zu besorgen; mit der Rechtskraft dieser Entscheidung verliert der Verurteilte die Mitgliedschaft in der Patentanwaltskammer.

(3) Der in die Patentanwaltskammer Aufgenommene muß binnen drei Monaten nach Aufnahme in die Patentanwaltskammer die Kanzlei einrichten. Kommt er dieser Pflicht nicht nach oder gibt er die Kanzlei auf, ist die Aufnahme in die Patentanwaltskammer zu widerrufen.

(4) Der in die Patentanwaltskammer Aufgenommene hat bei der Führung seiner Berufsbezeichnung den Herkunftsstaat anzugeben. Er ist berechtigt, im beruflichen Verkehr zugleich die Bezeichnung „Mitglied der Patentanwaltskammer“ zu verwenden.

30. Vor § 155 wird eingefügt:

„Zehnter Teil

Beratungs- und Vertretungsbefugnis des Patentassessors in ständigem Dienstverhältnis“.

31. Der bisherige Zehnte Teil wird der Elfte Teil.

32. § 155 wird wie folgt geändert:

Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Patentanwälte in ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnissen (§ 41 a).“

Beschlüsse des 6. Ausschusses

tionalen gewerblichen Rechtsschutzes im Geltungsbereich dieses Gesetzes niederzulassen, wenn er auf Antrag in die Patentanwaltskammer aufgenommen ist.

§ 154 b

unverändert

30. unverändert

31. unverändert

32. § 155 wird wie folgt geändert:

Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 gelten nicht für Patentanwälte in ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnissen (§ 41 a).“

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
33. § 159 Abs. 2 wird aufgehoben; Absatz 3 wird Absatz 2.	33. unverändert
34. In § 175 wird das Zitat „§ 13 Abs. 3“ durch „§ 5 Abs. 2“ ersetzt.	34. unverändert
35. Nach § 181 Abs. 4 wird folgender Absatz 5 angefügt: „(5) § 32a gilt entsprechend.“	35. unverändert
36. § 32a Abs. 3 Satz 1, § 60 Nr. 2, § 63 Abs. 4 Satz 1, § 70 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, § 70a Abs. 4 Satz 1, Satz 2, Abs. 6 Satz 1, § 95 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, § 96 Abs. 1, Abs. 2, §§ 98, 99 Satz 1, § 100 Abs. 1, Abs. 2, § 102 Abs. 1 Satz 1, Satz 2, Satz 3, Abs. 2, Abs. 3 Satz 1, Satz 2 erster Halbsatz, zweiter Halbsatz, Abs. 4 Satz 1, § 102a Abs. 2 Satz 1, Satz 2, §§ 102 b, 103 Abs. 1 Satz 1, Satz 2, Abs. 2 Satz 1, § 103a Satz 1, §§ 104, 106, 107 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2, § 108 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 4, Abs. 4, §§ 117, 122 Abs. 1, § 123 Abs. 3, § 130 Abs. 1 Satz 1, § 132 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3, § 138 Abs. 1, § 144a Abs. 1 Satz 2, Satz 3, Abs. 2, Abs. 4, Abs. 6 Satz 1, §§ 148, 150 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 erster Halbsatz, zweiter Halbsatz, Abs. 2 Satz 1, § 150a Abs. 1 Satz 1, Satz 2, Abs. 3 Satz 2, sowie die Überschriften der §§ 96, 102, 102a, 102b, 103, 106, 108, 144, 149 und die Überschriften des Sechsten Teils, des Siebenten Teils, des Sechsten Abschnitts des Siebenten Teils und des Zweiten Abschnitts des Achten Teils werden wie folgt geändert: Die Worte „Ehrengerichtsbarkeit, ehrengerichtlichen, ehrengerichtliches, ehrengerichtliche, ehrengerichtlich, Ehrengerichtliche“ werden ersetzt durch die Worte: „Berufsgerechtigbarkeit, berufsgerechtiglichen, berufsgerechtigliches, berufsgerechtigliche, berufsgerechtiglich, Berufsgerechtigliche.“	36. unverändert
37. § 102a Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: Das Wort „ehrengerichtlichen“ wird ersetzt durch das Wort „berufsgerechtiglichen“.	37. unverändert
38. § 144a Abs. 3 wird wie folgt geändert: Das Wort „ehrengerichtliche“ wird ersetzt durch das Wort „berufsgerechtigliche“.	38. unverändert
	<p>38a. In § 9 Satz 2, § 12 Abs. 1, 2, 3 Satz 2, § 36 Abs. 3 Satz 2, § 56 Abs. 2, § 69 Abs. 2 Nr. 7, § 74 Abs. 1, 2 Satz 1, § 91 Abs. 1 Satz 1, 2, 3, § 93 Abs. 1 Satz 1, § 120 Abs. 2 Satz 1 und § 142 Abs. 1 werden jeweils</p> <p>a) die Worte „Der Bundesminister“ durch die Worte „Das Bundesministerium“,</p> <p>b) die Worte „der Bundesminister“ durch die Worte „das Bundesministerium der Justiz“,</p> <p>c) die Worte „dem Bundesminister“ durch die Worte „dem Bundesministerium“,</p> <p>d) die Worte „des Bundesministers“ durch die Worte „des Bundesministeriums“</p> <p>ersetzt.</p>

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Artikel 3**Artikel 3****Änderung der Zivilprozeßordnung**

unverändert

Die Zivilprozeßordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 78 wird wie folgt gefaßt:

„§ 78

Anwaltsprozeß

(1) Vor den Landgerichten müssen sich die Parteien durch einen bei einem Amts- oder Landgericht zugelassenen Rechtsanwalt und vor allen Gerichten des höheren Rechtszuges durch einen bei dem Prozeßgericht zugelassenen Rechtsanwalt als Bevollmächtigten vertreten lassen (Anwaltsprozeß).

(2) In Familiensachen müssen sich die Parteien und Beteiligten vor den Familiengerichten durch einen bei einem Amts- oder Landgericht zugelassenen Rechtsanwalt und vor allen Gerichten des höheren Rechtszuges durch einen bei dem Prozeßgericht zugelassenen Rechtsanwalt nach Maßgabe der folgenden Vorschriften vertreten lassen:

1. die Ehegatten in Ehesachen und Folgesachen in allen Rechtszügen, am Verfahren über Folgesachen beteiligte Dritte nur für die weitere Beschwerde nach § 621 e Abs. 2 vor dem Bundesgerichtshof,
2. die Parteien und am Verfahren beteiligte Dritte in selbständigen Familiensachen des § 621 Abs. 1 Nr. 8 in allen Rechtszügen, in selbständigen Familiensachen des § 621 Abs. 1 Nr. 4 und 5 nur vor den Gerichten des höheren Rechtszuges,
3. die Beteiligten in selbständigen Familiensachen des § 621 Abs. 1 Nr. 1 bis 3, 6 nur für die weitere Beschwerde nach § 621 e Abs. 2 vor dem Bundesgerichtshof.

Das Jugendamt, die Träger der gesetzlichen Rentenversicherungen sowie sonstige Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts oder deren Verbände einschließlich der Spitzenverbände und ihre Arbeitsgemeinschaften brauchen sich in den Fällen des Satzes 1 Nr. 1 und 3 nicht durch einen Rechtsanwalt vertreten zu lassen.

(3) Diese Vorschriften sind auf das Verfahren vor einem beauftragten oder ersuchten Richter sowie auf Prozeßhandlungen, die vor dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle vorgenommen werden können, nicht anzuwenden.

(4) Ein Rechtsanwalt, der nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 zur Vertretung berechtigt ist, kann sich selbst vertreten.“

Entwurf

2. In § 78c Abs. 1 werden das Semikolon und die Worte „§ 78 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend“ gestrichen.
3. Der bisherige § 121 Abs. 2 Satz 2 wird Absatz 3. Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 4 und 5.
4. In § 215 werden die Worte „bei dem Prozeßgericht zugelassenen“ gestrichen.
5. In § 271 Abs. 2 werden die Worte „bei dem Prozeßgericht zugelassenen“ gestrichen.
6. In § 520 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „daß er sich vor dem Berufungsgericht durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten lassen muß“ durch die Worte „daß er sich vor dem Berufungsgericht durch einen Rechtsanwalt, vor dem Oberlandesgericht durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten lassen muß.“ ersetzt.
7. In § 573 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „so kann sie durch einen Anwalt abgegeben werden, der bei dem Gericht zugelassen ist, von dem oder dessen Vorsitzenden die angefochtene Entscheidung erlassen ist“ durch die Worte „so ist sie durch einen Rechtsanwalt abzugeben“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte

§ 3 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 368-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach Absatz 1 Satz 1 wird eingefügt:

„Vereinbarungen über die Vergütung nach Absatz 5 sollen schriftlich getroffen werden; ist streitig, ob es zu einer solchen Vereinbarung gekommen ist, so trifft die Beweislast den Auftraggeber.“

2. Nach Absatz 4 wird folgender Absatz angefügt:

„(5) Für *außergerichtliche Tätigkeiten* kann der Rechtsanwalt Pauschalvergütungen und Zeitvergütungen vereinbaren, die niedriger sind als die gesetzlichen Gebühren. Handelt es sich bei dem Auftraggeber um einen Verband oder Verein, so gilt dies auch für die Beratung seiner Mitglieder im Rahmen des *Aufgabenbereichs* des Verbandes oder Vereins. Der Rechtsanwalt kann sich für *außergerichtliche Mahnsachen* sowie für gerichtliche *Mahn-, Prozeß- und Zwangsvollstreckungsverfahren, die ohne streitige Verhandlung durchgeführt werden*, verpflichten, daß er, wenn der Anspruch des Auftraggebers auf Erstattung der

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Artikel 4

Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte

§ 3 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 368-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird nach Satz 2 folgender Satz angefügt:

„Vereinbarungen über die Vergütung nach Absatz 5 sollen schriftlich getroffen werden; ist streitig, ob es zu einer solchen Vereinbarung gekommen ist, so trifft die Beweislast den Auftraggeber.“

2. Nach Absatz 4 wird folgender Absatz angefügt:

„(5) In *außergerichtlichen Angelegenheiten* kann der Rechtsanwalt Pauschalvergütungen und Zeitvergütungen vereinbaren, die niedriger sind als die gesetzlichen Gebühren. Handelt es sich bei dem Auftraggeber um einen Verband oder Verein, so gilt dies auch für die Beratung seiner Mitglieder im Rahmen des *satzungsgemäßen Aufgabenbereichs* des Verbandes oder Vereins. Der Rechtsanwalt kann sich für gerichtliche *Mahnverfahren und Zwangsvollstreckungsverfahren nach den §§ 803 bis 863, 899 bis 915 der Zivilprozeßordnung* verpflichten, daß er, wenn der Anspruch des Auftraggebers auf Erstattung der gesetzlichen Vergütung

Entwurf

gesetzlichen Vergütung nicht beigetrieben werden kann, einen Teil des Erstattungsanspruchs an *Erfüllung* Statt annehmen werde. Der nicht durch Abtretung zu erfüllende Teil der gesetzlichen Vergütung und die sonst nach diesem Absatz vereinbarten Vergütungen müssen in angemessenem Verhältnis zu Leistung, Verantwortung und Haftungsrisiko des Anwalts stehen.“

Artikel 5

Änderung des Deutschen Richtergesetzes

In § 123 des Deutschen Richtergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), das zuletzt durch . . . geändert worden ist, werden die Worte „Ehrengerichts“ und „Ehrengerichtshof“ ersetzt durch die Worte: „Anwaltsgerichts“ und „Anwaltsgerichtshofes“.

Artikel 6

Änderung der Bundesnotarordnung

In § 54 Abs. 2 Satz 1, § 103 Abs. 4 Nr. 2, Nr. 5, § 110 Abs. 1 Satz 1, Satz 2, Abs. 2, § 110a Abs. 3 Bundesnotarordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch . . . geändert worden ist, werden die Worte „ehrengerichtliches, ehrengerichtlichen, Ehrengericht“ ersetzt durch die Worte „anwaltsgerichtliches, anwaltsgerichtlichen, Anwaltsgericht“.

Artikel 7

Änderung der Verordnung zur Ausführung des Rechtsberatungsgesetzes

In § 7 der Verordnung zur Ausführung des Rechtsberatungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-12-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch . . . geändert worden ist, das Wort „ehrengerichtlicher“ ersetzt durch das Wort „anwaltsgerichtlicher“.

Artikel 8

Änderung des Rechtsanwaltsdienstleistungsgesetzes

In § 7 Satz 1, Satz 2, § 8, § 9 Abs. 1 Satz 1, Satz 1 Nr. 3, Abs. 2, Abs. 5 sowie die Überschriften der §§ 7, 8 und 9 des Gesetzes zur Durchführung der Richtlinie

Beschlüsse des 6. Ausschusses

nicht beigetrieben werden kann, einen Teil des Erstattungsanspruchs an *Erfüllungs* Statt annehmen werde. Der nicht durch Abtretung zu erfüllende Teil der gesetzlichen Vergütung und die sonst nach diesem Absatz vereinbarten Vergütungen müssen in angemessenem Verhältnis zu Leistung, Verantwortung und Haftungsrisiko des Anwalts stehen.“

Artikel 5

unverändert

Artikel 6

Änderung der Bundesnotarordnung

In § 54 Abs. 2 Satz 1, § 103 Abs. 4 Nr. 2, 5, § 110 Abs. 1 Satz 1, 2, Abs. 2, § 110a Abs. 3 der Bundesnotarordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch . . . geändert worden ist, werden jeweils

- a) das Wort „ehrengerichtliches“ durch das Wort „anwaltsgerichtliches“,
 - b) das Wort „ehrengerichtlichen“ durch das Wort „anwaltsgerichtlichen“,
 - c) das Wort „Ehrengericht“ durch das Wort „Anwaltsgericht“
- ersetzt.

Artikel 7

Änderung der Verordnung zur Ausführung des Rechtsberatungsgesetzes

In § 7 der Verordnung zur Ausführung des Rechtsberatungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-12-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird das Wort „ehrengerichtlicher“ ersetzt durch das Wort „anwaltsgerichtlicher“.

Artikel 8

Änderung des Rechtsanwaltsdienstleistungsgesetzes

In § 7 Satz 1, 2, §§ 8, 9 Abs. 1 Satz 1, Satz 1 Nr. 3, Abs. 2, 5 sowie die Überschriften der §§ 7, 8 und 9 des Gesetzes zur Durchführung der Richtlinie des

Entwurf

des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 22. März 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1453), das zuletzt durch . . . geändert worden ist, werden die Worte: „Ehrengerichtsbarkeit, Ehrengerichts, ehrengerichtliche, ehrengerichtlicher, ehrengerichtlichen, Ehrengericht“ ersetzt durch die Worte: „Anwaltsgerichtsbarkeit, Anwaltsgerichts, anwaltsgerichtliche, anwaltsgerichtlicher, anwaltsgerichtlichen, Anwaltsgericht.“

Artikel 9

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung nach der Patentanwaltsordnung und nach dem Gesetz über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Patentanwaltschaft

In § 13 Satz 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung des § 12 der Patentanwaltsordnung und Prüfungsordnung nach § 10 des Gesetzes über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Patentanwaltschaft in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2491), die zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird das Wort „ehrengerichtlichen“ ersetzt durch das Wort „berufgerichtlichen“.

Artikel 10

Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderung der Gerichtseinteilung

Artikel 1 § 8 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderungen der Gerichtseinteilung vom 6. Dezember 1933 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 300-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„§ 8

Für einen bei der Änderung eines Oberlandesgerichtsbezirks oder bei der Aufhebung eines Oberlandesgerichts anhängigen Rechtsstreit bleibt der zum Prozeßbevollmächtigten bestellte Rechtsanwalt, der

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 22. März 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1453), das zuletzt durch . . . geändert worden ist, werden jeweils

- a) das Wort „Ehrengerichtsbarkeit“ durch das Wort „Anwaltsgerichtsbarkeit“,
- b) das Wort „Ehrengerichts“ durch das Wort „Anwaltsgerichts“,
- c) das Wort „ehrengerichtliche“ durch das Wort „anwaltsgerichtliche“,
- d) das Wort „ehrengerichtlicher“ durch das Wort „anwaltsgerichtlicher“,
- e) das Wort „ehrengerichtlichen“ durch das Wort „anwaltsgerichtlichen“,
- f) das Wort „Ehrengericht“ durch das Wort „Anwaltsgericht“

ersetzt.

Artikel 9

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung nach der Patentanwaltsordnung und nach dem Gesetz über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Patentanwaltschaft

In § 13 Satz 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung gemäß § 12 der Patentanwaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2491), die zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird das Wort „ehrengerichtlichen“ ersetzt durch das Wort „berufgerichtlichen“.

Artikel 10

Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderung der Gerichtseinteilung

Artikel 1 § 8 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderungen der Gerichtseinteilung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 300-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„§ 8

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

nicht mehr bei dem für den Rechtsstreit zuständigen Oberlandesgericht zugelassen ist, befugt, die Vertretung fortzuführen, solange er bei einem anderen Oberlandesgericht zugelassen ist.“

Artikel 11**Änderung des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen**

§ 14 des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen vom 9. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3317), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 3 wird aufgehoben.
2. Absatz 4 wird Absatz 3. Die Worte „nach Absatz 3“ werden gestrichen.

Artikel 12**Änderung des Patentgesetzes**

§ 143 Abs. 3 des Patentgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1980 (BGBl. 1981 I S. 1), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„(3) Wird gegen eine Entscheidung des Gerichts für Patentstreitsachen Berufung eingelegt, so können sich die Parteien vor dem Berufungsgericht auch von Rechtsanwälten vertreten lassen, die bei dem Oberlandesgericht zugelassen sind, vor das die Berufung ohne eine Regelung nach Absatz 2 gehören würde.“

Artikel 13**Änderung des Gebrauchsmustergesetzes**

§ 27 Abs. 3 des Gebrauchsmustergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 1986 (BGBl. I S. 1455), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„(3) Wird gegen eine Entscheidung des Gerichts für Gebrauchsmusterstreitsachen Berufung eingelegt, so können sich die Parteien vor dem Berufungsgericht auch von Rechtsanwälten vertreten lassen, die bei dem Oberlandesgericht zugelassen sind, vor das die Berufung ohne eine Zuweisung nach Absatz 2 gehören würde.“

Artikel 14**Änderung des Warenzeichengesetzes**

§ 32 Abs. 3 des Warenzeichengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1968 (BGBl. I S. 1, 29), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

Artikel 11

unverändert

Artikel 12

unverändert

Artikel 13

unverändert

Artikel 14

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

„(3) Wird gegen eine Entscheidung des Gerichts für Warenzeichenstreitsachen Berufung eingelegt, so können sich die Parteien vor dem Berufungsgericht auch von Rechtsanwälten vertreten lassen, die bei dem Oberlandesgericht zugelassen sind, vor das die Berufung ohne eine Regelung nach Absatz 2 gehören würde.“

Artikel 15**Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb**

§ 27 Abs. 3 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 43-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„(3) Wird gegen eine Entscheidung des Gerichts für Wettbewerbsstreitsachen Berufung eingelegt, so können sich die Parteien vor dem Berufungsgericht auch von Rechtsanwälten vertreten lassen, die bei dem Oberlandesgericht zugelassen sind, vor das die Berufung ohne eine Regelung nach Absatz 2 gehören würde.“

Artikel 16**Änderung des Urheberrechtsgesetzes**

§ 105 Abs. 4 des *Gesetzes über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte* vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„(4) Die Parteien können sich vor dem Berufungsgericht für Urheberrechtsstreitsachen auch durch Rechtsanwälte vertreten lassen, die bei dem Oberlandesgericht zugelassen sind, das ohne eine Zuweisung nach Absatz 1 zuständig wäre.“

Artikel 17**Änderung des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen**

§ 15 Abs. 3 des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen vom 11. Januar 1876 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 442-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„(3) Wird gegen eine Entscheidung des Gerichts für Geschmacksmusterstreitsachen Berufung eingelegt, so können sich die Parteien vor dem Berufungsgericht auch von Rechtsanwälten vertreten lassen, die bei dem Oberlandesgericht zugelassen sind, vor das die Berufung ohne eine Regelung nach Absatz 2 gehören würde.“

Artikel 15

unverändert

Artikel 16**Änderung des Urheberrechtsgesetzes**

§ 105 Abs. 4 des *Urheberrechtsgesetzes* vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

(4) unverändert

Artikel 17**Änderung des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen**

§ 15 Abs. 3 des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 442-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

(3) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Artikel 18

Artikel 18

Änderung des Sortenschutzgesetzes

unverändert

§ 38 Abs. 3 Satz 1 des Sortenschutzgesetzes vom 11. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2170), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„(3) Wird gegen eine Entscheidung des Gerichts für Sortenschutzstreitsachen Berufung eingelegt, so können sich die Parteien vor dem Berufungsgericht auch von Rechtsanwälten vertreten lassen, die bei dem Oberlandesgericht zugelassen sind, vor das die Berufung ohne eine Regelung nach Absatz 2 gehören würde.“

Artikel 19

Artikel 19

Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

unverändert

§ 89 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1990 (BGBl. I S. 235), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 20

Artikel 20

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden

§ 11 Abs. 4 des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden vom 24. August 1953 (BGBl. I S. 1003), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 4 des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7411-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

1. unverändert

„Die Parteien können sich vor dem Berufungsgericht auch durch Rechtsanwälte vertreten lassen, die bei dem Oberlandesgericht zugelassen sind, das ohne eine Zuweisung nach Absatz 3 zuständig wäre.“

2. Satz 2 wird gestrichen. Der bisherige Satz 3 wird Satz 2.

2. unverändert

Artikel 21

Artikel 21

Übergangs- und Aufhebungsbestimmungen

Übergangs- und Aufhebungsbestimmungen

(1) Das Rechtsanwaltsgesetz vom 13. September 1990 (GBl. I Nr. 61 S. 1504), das nach Anlage II Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1156) fortgilt, wird aufgehoben. Die Maßgabe in Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt IV Nr. 1 a) bb) des Einigungsvertrages vom 31. August

(1) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 938) ist nicht mehr anzuwenden. Abweichend von Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt I Nr. 7 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 921) tritt die Bundesrechtsanwaltsordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-8, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch . . . in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in Kraft. § 65 Nr. 3 ist bis zum 31. Dezember 1996 nicht anzuwenden.

(2) Nach dem Rechtsanwaltsgesetz vom 13. September 1990 zugelassene Rechtsanwälte sind nach der Bundesrechtsanwaltsordnung zugelassen; Zulassungen bei Gerichten wirken fort.*) Das Gesetz zur Prüfung von Rechtsanwaltszulassungen, Notarbestellungen und Berufungen ehrenamtlicher Richter vom 24. Juli 1992 bleibt unberührt.

(3) Die Rechtsanwaltskammern bestehen nach den Bestimmungen der Bundesrechtsanwaltsordnung fort; die Mitglieder der Vorstände, der Präsidien und der Abteilungen bleiben für die Dauer ihrer Wahlperiode im Amt. § 69 der Bundesrechtsanwaltsordnung bleibt unberührt.

(4) Die Berufsgerichte für Rechtsanwälte und die Berufsgerichtshöfe für Rechtsanwälte bestehen als Anwaltsgerichte und Anwaltsgerichtshöfe fort; ihre anwaltlichen und richterlichen Mitglieder bleiben für die Dauer ihrer Ernennung im Amt.

(5) Die Wirksamkeit der Entscheidungen der Berufsgerichtsbarkeit, der Landesjustizverwaltungen und der Rechtsanwaltskammern wird durch die Aufhebung des Rechtsanwaltsgesetzes nicht berührt.

(6) In den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind § 93 Abs. 1 Satz 3 und § 101 Abs. 1 Satz 2 der Bundesrechtsanwaltsordnung nicht anzuwenden.

(7) Die berufsrechtlichen Verfahren werden nach der Bundesrechtsanwaltsordnung fortgesetzt.

(8) Die Befähigung zur anwaltlichen Tätigkeit besitzen auch Personen, die spätestens innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die fachlichen Voraussetzungen für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nach § 4 des Rechtsanwaltsgesetzes erfüllen.

(9) Nach der Anordnung über die Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zugelassener Rechtsanwälte in der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Juni 1990 (GBl. I Nr. 42 S. 664) bestehende Rechte, insbesondere die Befugnis, eine Niederlassung zu unterhalten, erlöschen am letzten Tag des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Jahres.

(10) Genehmigungen zur Eröffnung eines Büros nach der Anordnung über Büros außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik zugelassener

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) unverändert

(5) unverändert

(6) unverändert

(7) unverändert

(8) unverändert

(9) unverändert

(10) unverändert

*) Falls Kreis- und Bezirksgerichte noch bestehen, ist die Vorschrift zu ergänzen.

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Rechtsanwälte vom 17. April 1990 (GBl. I Nr. 25 S. 241) erlöschen am letzten Tag des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Jahres.

(11) Das Gesetz über Fachanwaltsbezeichnungen nach der Bundesrechtsanwaltsordnung vom 27. Februar 1992 (BGBl. I S. 369) und die Verordnung über Fachanwaltsbezeichnungen nach dem Rechtsanwaltsgesetz vom 23. Februar 1992 (BGBl. I S. 379) werden aufgehoben. Bis zur Regelung der Einzelheiten für die Vergabe der Berechtigung, eine Fachanwaltsbezeichnung zu führen, durch Berufssatzung sind die Bestimmungen des Gesetzes über Fachanwaltsbezeichnungen nach der Bundesrechtsanwaltsordnung weiter anzuwenden.

(12) *Wer bei Inkrafttreten dieses Gesetzes als Rechtsanwalt zugelassen ist, hat binnen drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes der Landesjustizverwaltung und der Rechtsanwaltskammer den Abschluß der Berufshaftpflichtversicherung nachzuweisen.*

Artikel 22**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft; Artikel 1 Nr. 6, Nr. 39, sowie die Artikel 3, 10 bis 20 treten am 1. Januar 1995 in Kraft.

(11) unverändert

(12) **Der Abschluß der Berufshaftpflichtversicherung ist binnen eines Jahres nachzuweisen von bei Inkrafttreten dieses Gesetzes**

- a) **zugelassenen Rechtsanwälten der Landesjustizverwaltung und der Rechtsanwaltskammer,**
- b) **zugelassenen Patentanwälten dem Präsidenten des Deutschen Patentamts und der Patentanwaltskammer.**

Artikel 22**Inkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 1 Nr. 6, 39 sowie die Artikel 3, 10 bis 20 treten am 1. Januar 1995 in Kraft. Bis zum 31. Dezember 1997 sind in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vor den Landgerichten und vor den Amtsgerichten, soweit dort in Familiensachen eine anwaltliche Vertretung vorgeschrieben ist, nur die bei den Gerichten dieser Länder zugelassenen Rechtsanwälte zur Vertretung befugt; in den übrigen Ländern sind sie bis zu diesem Zeitpunkt nicht zur Vertretung befugt vor den Landgerichten und vor den Amtsgerichten, soweit dort in Familiensachen eine anwaltliche Vertretung vorgeschrieben ist.

Bericht der Abgeordneten Horst Eylmann, Detlef Kleinert (Hannover), Klaus-Heiner Lehne, Margot von Renesse

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte — Drucksache 12/4993 — in seiner 169. Sitzung vom 2. Juli 1993 in erster Lesung beraten. Die Vorlage wurde zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuß überwiesen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Gesetzentwurf in seiner 60. Sitzung vom 29. September 1993 gutachtlich beraten. Er empfiehlt einstimmig, bei Enthaltung der Fraktion der SPD, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Aufgrund eines entsprechenden Beschlusses in seiner 88. Sitzung vom 22. September 1993 hat der Rechtsausschuß in seiner 102. Sitzung vom 1. Dezember 1993 eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Die nachfolgenden Verbände und Anhörspersonen haben daran teilgenommen:

- Bundesrechtsanwaltskammer,
- Deutscher Anwaltverein,
- Patentanwaltskammer,
- Deutscher Verband der Patentingenieure und Patentassessoren e. V.,
- Deutscher Richterbund,
- Prof. Dr. Ulrich Everling,
- Prof. Dr. Martin Henssler,
- Rechtsanwalt Christian zu Nedden.

Hinsichtlich der Ergebnisse der Anhörung, die in die weiteren Beratungen des Ausschusses eingeflossen sind, wird auf das Protokoll der 102. Sitzung des Rechtsausschusses mit den anliegenden Stellungnahmen der Verbände und Anhörspersonen verwiesen.

Weiter hat der Rechtsausschuß den Gesetzentwurf in seiner 106. Sitzung vom 12. Januar 1994, seiner 115. Sitzung vom 20. März 1994, seiner 121. Sitzung vom 13. April 1994 sowie abschließend in seiner 125. Sitzung vom 27. April 1994 beraten.

Die Berichterstatter haben die Beratungen des Rechtsausschusses in intensiven Gesprächsrunden u. a. mit Sachverständigen und Vertretern des Bundesministeriums der Justiz vorbereitet. Die zur Annahme empfohlene, aus der obigen Zusammenstellung ersichtliche Fassung des Gesetzentwurfs wurde einstimmig beschlossen.

II. Zum Inhalt der Beschlußempfehlung

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung — Drucksache 12/4993 — hat im Rechtsausschuß einige Änderungen inhaltlicher Art, überwiegend redaktionelle Änderungen, erfahren. In der vom Ausschuß beschlossenen und zur Annahme empfohlenen Fassung beinhaltet der Entwurf insbesondere folgende Regelungen:

Berufsrecht der Rechtsanwälte

- Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtslage hinsichtlich der Voraussetzungen für die Zulassung beim Oberlandesgericht (Artikel 1 Nr. 5) und Festhalten an den regionalen Unterschieden mit Simultan- oder Singularzulassung;
- Ersetzung des Begriffs „reklamehaft“ in der Vorschrift über die Werbung (Artikel 1 Nr. 17);
- Neufassung der Vorschriften über die Versagung der Berufstätigkeit allgemein (Artikel 1 Nr. 18) und der Beschränkung der Berufstätigkeit der Syndikusanwälte (Artikel 1 Nr. 18 a);
- Neufassung der Vorschriften über die Berufshaftpflichtversicherung unter Berücksichtigung europarechtlicher Vorgaben (Artikel 1 Nr. 22);
- Stimmberechtigung in der Satzungsversammlung und Wahlverfahren (Artikel 1 Nr. 33);
- Neufassung der Prüfung der Satzung (Berufsordnung) (Artikel 1 Nr. 33).

Berufsrecht der Patentanwälte

Mit dem Ziel enger Anlehnung der Patentanwaltsordnung an die Bundesrechtsanwaltsordnung hat der Ausschuß entsprechend den vorstehend genannten Änderungen auch in der Patentanwaltsordnung weitgehend gleichlautende Anpassungen vorgesehen.

III. Zur Begründung der Beschlußempfehlung

1. Allgemeines

Der Rechtsausschuß war sich einig, daß im Gesetzentwurf nicht alle im Berufsrecht der Rechtsanwälte anstehenden Probleme ausgeräumt werden können, insbesondere nicht Ungereimtheiten bei den Zulassungen beim Oberlandesgericht und den Zugang zur Rechtsanwaltschaft bei dem Bundesgerichtshof. Eine gesetzliche Lösung dieser Probleme hätte jedoch

einen Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens in der 12. Wahlperiode unmöglich gemacht. Geregelt werden jedoch die Kernpunkte mit Bestimmungen, wonach

- die statusbildenden Rechte und Pflichten der Rechtsanwälte und der Patentanwälte gesetzlich geregelt werden, insbesondere: die berufliche Zusammenarbeit, die Werbung, das berufliche Verhalten gegenüber anderen,
- die Einzelheiten der beruflichen Rechte und Pflichten durch Berufssatzung der Berufsangehörigen geregelt werden können,
- die Zulassungsmöglichkeiten erweitert werden für Personen, die zusätzlich einen anderen Beruf ausüben,
- bei Einführung einer gesetzlichen Pflicht zum Abschluß einer Haftpflichtversicherung der Abschluß einer Vereinbarung über eine Haftungsbeschränkung erleichtert wird,
- Rechtsanwälte in außergerichtlichen Angelegenheiten eine Pauschal- oder Zeitvergütung vereinbaren können.

Ein wichtiges Ziel des Vorhabens ist es, durch Aufhebung des Rechtsanwaltsgesetzes der Volkskammer und Ausdehnung des Geltungsbereichs der Bundesrechtsanwaltsordnung auf die neuen Länder im Berufsrecht der Rechtsanwälte für einheitliches Recht zu sorgen. In der Patentanwaltsordnung soll für Patentanwälte aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein Niederlassungsrecht verankert werden.

Im Hinblick auf die seit Inkrafttreten der Rechtsanwaltsordnung von 1878 kontrovers diskutierte Frage der prozessualen Lokalisierung ist nach Auffassung des Rechtsausschusses der Zeitpunkt für eine Änderung gekommen. In Zukunft sollen alle bei einem Land- oder Amtsgericht zugelassenen Rechtsanwälte vor allen Zivilkammern und allen Familiengerichten in Deutschland auftreten können. Die von den Befürwortern des geltenden Rechts angeführten Gründe haben den Rechtsausschuß nicht überzeugt. In den Genuß der Vergabe lukrativer Prozeßmandate in ländliche Gegenden kommen in aller Regel nur die am Ort des Landgerichts ansässigen Amtsgerichte. Gerade die Rechtsanwälte in ländlichen Bezirken haben daher Nachteile von der bestehenden Regelung, da sie ihre Mandanten vor anderen Landgerichten als dem ihrer Zulassung nicht vertreten können, ohne zugleich im Gegenzug von der geltenden Regelung zu profitieren. Der Vertrautheit zwischen den beim Landgericht zugelassenen Rechtsanwälten und den dort tätigen Richtern kommt nach Auffassung des Rechtsausschusses kein Stellenwert zu, der ein Festhalten an der Regelung rechtfertigt.

Die Beseitigung der prozessualen Lokalisierung für die erste Instanz kann vielmehr die Möglichkeiten der Einzelanwälte und der kleinen Sozietäten erweitern. Ihre Wettbewerbsfähigkeit — gegenüber überörtlichen Sozietäten — wird gestärkt, denn auch sie können ihre Mandanten vor anderen Gerichten als dem der örtlichen Zulassung im Prozeß vertreten.

Seitens der Fraktion der F.D.P. wurde darum gebeten zu prüfen, ob nicht auch die durch das Entstehen der überörtlichen Sozietäten bedingten Friktionen einen weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarf erkennen lassen. Daß die geltende Regelung des § 78 ZPO nicht mehr zeitgemäß ist, beweist die Tatsache, daß nach dem Rechtsanwaltsdienstleistungsgesetz für alle Rechtsanwälte aus dem europäischen Wirtschaftsraum der Zugang zur Prozeßvertretung vor Land- und Familiengerichten eröffnet ist. Mag dies in der Vergangenheit keine große Rolle gespielt haben, ist doch darauf hinzuweisen, daß seit dem 1. Januar 1994 dies auch für die Rechtsanwaltschaft Österreichs gilt, eines deutschsprachigen Nachbarn.

Im Vordergrund stand aber die Überlegung, daß etwaige Vorzüge für die Rechtsanwaltschaft und die Rechtspflege im übrigen es nicht rechtfertigen, den Mandanten vorzuschreiben, aus welchem Kreis von Rechtsanwälten sie den Anwalt ihres Vertrauens auswählen müssen.

Die Abschaffung der prozessualen Lokalisierung beschränkt sich im Gesetzentwurf auf die erste Instanz, das Land- und Familiengericht. In der regional unterschiedlichen Regelung der Simultan- und Singularzulassung beim Oberlandesgericht sieht der Ausschuß eine Ungereimtheit, die schwerlich nachvollziehbar erscheint. Anzustreben ist eine bundes einheitliche Regelung, deren Ausgestaltung in der zur Beratung zur Verfügung stehenden Zeit aber nicht mehr möglich war. Entsprechendes gilt für die Rechtsanwaltschaft beim Bundesgerichtshof. Zu bezweifeln ist, ob angesichts der Zahl der Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof und der Zahl der dort zugelassenen Rechtsanwälte die persönliche Wahrnehmung des Mandats durch den Revisionsanwalt gesichert ist. Auch diese Frage war Gegenstand der Beratungen, ohne daß es bereits zu einer Beschlußfassung gekommen wäre.

2. Zu den einzelnen Vorschriften

Im folgenden werden lediglich die vom Rechtsausschuß beschlossenen Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung des Gesetzentwurfs erläutert. Die Änderungen gehen auf interfraktionelle, in den Berichterstattergesprächen erarbeitete Änderungsanträge zurück, die bis auf eine Ausnahme (Artikel 3 § 78 ZPO) einstimmig angenommen wurden. Soweit der Rechtsausschuß den Gesetzentwurf zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte unverändert angenommen hat, wird auf die jeweilige Begründung der Drucksache 12/4993 Bezug genommen.

Zu Artikel 1 (Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung)

Zu Nummer 2 (§ 12 Abs. 2 BRAO)

Redaktionelle Anpassung des Zitats an die Änderung der Paragraphenbezeichnung der Vorschrift über die Berufshaftpflichtversicherung (Artikel 1 Nr. 22).

Zu Nummer 3b (§ 14 Abs. 2 BRAO)

Redaktionelle Anpassung des Zitats an die Änderung der Paragraphenbezeichnung der Vorschrift über die Berufshaftpflichtversicherung (Artikel 1 Nr. 22).

Zu Nummer 4a (§ 16 BRAO)

Redaktionelle Änderung im Hinblick auf die Zitierweise der in Bezug genommenen Vorschriften über das Betreuungsverfahren.

Zu Nummer 5 (§ 20 Abs. 1 BRAO)

Die Vorschrift entfällt. Es soll bei der geltenden Fassung des § 20 BRAO bleiben.

Die Bundesregierung hat vorgeschlagen, die bisher in § 20 Abs. 1 Nr. 4 getroffene Regelung in den neu eingefügten Absatz 2 aufzunehmen und dort die bisherigen Bestimmungen zu den Voraussetzungen für eine Zulassung beim Oberlandesgericht (§ 20 Abs. 1 Nr. 4 und § 226 Abs. 2) zusammenzufassen. Danach wäre es dabei verblieben, daß die fünfjährige Zulassung zur Rechtsanwaltschaft Voraussetzung für die Zulassung bei dem Oberlandesgericht ist.

Der Ausschuß hat zunächst erwogen, die Fünf-Jahres-Frist der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft als Voraussetzung für die Zulassung beim Oberlandesgericht generell abzuschaffen.

Maßgebend hierfür waren folgende Überlegungen: Bezweifelt wurde, ob mit der fünfjährigen Wartezeit der Zweck erreicht werden kann, nur Bewerber zuzulassen, die Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit beim Amts- und Landgericht gesammelt haben. Es sei nicht zwingend, daß durch eine fünfjährige Tätigkeit als Rechtsanwalt beim Landgericht die Qualifikation für eine Tätigkeit als Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht erworben werde. Der reine Zeitablauf dürfte kein Qualitätskriterium sein, denn auch der Syndikusanwalt, der nie forensisch tätig wird, erfülle die Voraussetzungen für die Zulassung beim Oberlandesgericht. Hinzu komme, daß in Gebieten mit Singularzulassung die Fristvoraussetzung nicht selten unberücksichtigt bleibe. In Gebieten mit Simultanzulassung bringe die Frist für junge Rechtsanwälte — ohne beim OLG zugelassenen Sozius — gravierende Wettbewerbsnachteile mit sich, da sie die Berufung vor dem Oberlandesgericht nicht vertreten können. Zum einen könne das dazu führen, daß sie auch für die erste Instanz das Mandat nicht erhalten. Zum anderen berge es die Gefahr, den Mandanten für die Zukunft zu verlieren an den beim Oberlandesgericht zugelassenen Kollegen, der die Berufung vertritt.

Der Ausschuß hat die Erwägung, wie von der Bundesregierung vorgeschlagen, § 20 BRAO in diesem Sinne zu ändern, mit Rücksicht darauf nicht aufgegriffen, daß es nicht sinnvoll sei, ein derartiges Detail aus dem Gesamtkomplex Singular-/Simultanzulassung bei dem Oberlandesgericht zu regeln, weil gegenwärtig keine bundesgesetzlich einheitliche — in sich stim-

mige — Lösung der Problematik der Zulassung beim Oberlandesgericht insgesamt erreichbar sei. Die Vorschrift des § 20 BRAO sei nämlich im Zusammenhang zu sehen mit dem Vorschlag der Bundesregierung zur Neuregelung des § 25 BRAO. Insoweit hat der Ausschuß eine Regelung diskutiert, wonach jeder Rechtsanwalt vor allen Oberlandesgerichten auftreten kann, sofern er nicht bereits im ersten Rechtszug tätig gewesen ist. Dabei hat auch der Gedanke eine Rolle gespielt, ob die Abschaffung der prozessualen Lokalisation beim Landgericht (Artikel 3 — Änderung der Zivilprozeßordnung) nicht auch die Abschaffung der Lokalisation beim Oberlandesgericht nach sich ziehen müsse. Der Rechtsausschuß ist jedenfalls der Überzeugung, daß das von den Befürwortern der Singularzulassung in der Anhörung am 1. Dezember 1993 angeführte „Vier-Augen-Prinzip“ nicht zwingend das System der Singularzulassung beim Oberlandesgericht voraussetzt. Eine Mehrheit für eine bundesgesetzliche Regelung der Zulassung beim Oberlandesgericht hat sich im Ausschuß indessen nicht gefunden. Der Ausschuß hat deshalb beschlossen, mit Rücksicht auf eine künftige bundeseinheitliche Regelung der Zulassung beim Oberlandesgericht weder dem Regierungsentwurf noch dem Vorschlag des Bundesrates zu folgen, sondern es bei dem gegenwärtigen Rechtszustand zu belassen.

Zu Nummer 7 (§ 25 BRAO)

Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Neufassung der Vorschrift wird nicht übernommen. Es soll aus den zu Nummer 5 genannten Gründen bei der geltenden Fassung des § 25 BRAO bleiben.

Zu Nummer 12 (§ 31 Abs. 2 Satz 1 BRAO)

Der Ausschuß stimmt dem Vorschlag des Bundesrates, dem auch die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung gefolgt ist, zu. Für die Eintragung in die Rechtsanwaltsliste bedarf es der Voraussetzung der Aushändigung der Zulassungsurkunde nicht. Die Vereidigung, die als erste Eintragungsvoraussetzung aufgeführt ist, erfolgt nur, wenn der Rechtsanwalt bereits zugelassen (§ 26 Abs. 1 BRAO), ihm die Zulassungsurkunde also schon ausgehändigt ist (§ 12 Abs. 2 BRAO). Der Zusatz ist im Regelfall der Erstzulassung (§ 18 Abs. 2 BRAO) deshalb überflüssig.

Zu Nummer 17 (§ 43b BRAO)

Der Rechtsausschuß folgt dem Vorschlag der Bundesregierung insoweit nicht, als die Formulierung in § 43b das Wort „reklamhaft“ enthält. Der Rechtsausschuß ist der Auffassung, daß dieser Begriff ersetzt werden soll. Das auch im Regierungsentwurf verfolgte Ziel, in bezug auf die Methoden der Anwaltswerbung ebenfalls das Sachlichkeitsgebot zu verankern, wird durch die vom Ausschuß beschlossene Formulierung (in Form und Inhalt sachlich) besser erreicht.

Zu Nummer 18 (§ 45 BRAO)

Der Ausschuß teilt die Auffassung der Bundesregierung, daß der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 1992 zum anwaltlichen Zweitberuf durch eine Neufassung des § 45 BRAO Rechnung zu tragen ist. Er hält jedoch den Vorschlag der Bundesregierung für zu weitgehend, wonach der Rechtsanwalt auch dann nicht tätig werden darf, wenn er mit derselben Angelegenheit außerhalb seiner Anwaltstätigkeit oder einer sonstigen Tätigkeit im Sinne des § 59a Abs. 1 Satz 1 bereits „geschäftlich“ oder „in sonstiger Weise“ befaßt war. Dem Ausschuß erscheint es zur Vermeidung von Interessenkollisionen ausreichend, das Tätigkeitsgebot nur in den Fällen eingreifen zu lassen, wenn der Rechtsanwalt in derselben Angelegenheit außerhalb seiner Anwaltstätigkeit oder einer sonstigen Tätigkeit im Sinne des § 59a Abs. 1 Satz 2 bereits beruflich tätig war. Dies soll nicht gelten, wenn die berufliche Tätigkeit beendet ist. Mit dieser Regelung soll dem Rechtsanwalt, der seine Tätigkeit als Mitarbeiter im Unternehmen beendet hat, ermöglicht werden, die zuvor im Unternehmen bearbeiteten Fälle anwaltlich fortzuführen. Nach Beendigung der Tätigkeit im Unternehmen unterliegt der Rechtsanwalt keinen Weisungsbefugnissen mehr, er ist allein dem anwaltlichen Berufsrecht verpflichtet.

Der Vorschlag der Bundesregierung zu § 45 Abs. 1 Nr. 4 gehört nach Meinung des Ausschusses in den Bereich des Syndikusanwalts und ist in § 46 zu regeln.

Der Aufnahme des Konkursverwalters in § 45 Abs. 1 Nr. 1 bedarf es im Hinblick auf die jetzt bereits übliche Praxis ebensowenig wie der im Ergebnis unklaren Erweiterung durch Verwendung des Wortes „insbesondere“.

Zu Nummer 18a (§ 46 BRAO)

Der Ausschuß ist der Auffassung, daß mit der Streichung des Wortes „überwiegend“ in § 46 das Tätigkeitsverbot für den Syndikusanwalt klarer umrissen wird und Abgrenzungsschwierigkeiten nicht mehr auftreten können.

Mit dem neuen Absatz 2 des § 46 wird der Vorschlag der Bundesregierung in § 45 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 2 Nr. 2 aufgegriffen.

Nicht aufgegriffen hat der Ausschuß den in der Anhörung am 1. Dezember 1993 von Vertretern der Syndikusanwälte im Deutschen Anwaltverein vorgebrachten Vorschlag, durch eine Änderung des § 46 BRAO dem Syndikusanwalt einzuräumen, daß er auch im Angestelltenverhältnis als Anwalt tätig wird. Eine solche Änderung hätte zur Folge gehabt, daß der Syndikusanwalt, der jetzt im Nebenberuf Rechtsanwalt ist und im Hauptberuf als Angestellter seinen Arbeitgeber in rechtlichen Angelegenheiten berät, auch in seiner Eigenschaft als rechtlicher Berater seines Arbeitgebers Rechtsanwalt mit allen Rechten und Pflichten ist. Der Ausschuß ist in seinen Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, daß das in den §§ 1

bis 3 BRAO normierte Berufsbild des Rechtsanwalts, wie es sich auch in der Allgemeinheit von ihm als unabhängigem Organ der Rechtspflege gebildet hat, mit der Tätigkeit unvereinbar ist, wenn der Syndikus im Rahmen seines Dienstverhältnisses als Anwalt auftritt. Bei der Tätigkeit, die der Syndikus für seinen Dienstherrn leistet, sind dann, wenn der Syndikus persönlich mit der Materie des Einzelfalls befaßt gewesen ist, die durch das Gesetz der freien Advokatur gekennzeichneten typischen Wesensmerkmale der freien Berufsausübung, die das Bild des Rechtsanwalts bestimmen, nicht gegeben. Seine freie und unreglementierte Selbstbestimmung wäre im Rahmen seines Arbeitsverhältnisses, in dem er grundsätzlich dem Prinzip der Über- und Unterordnung unterliegt, nicht gewährleistet. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 1992 zum anwaltlichen Zweitberuf (1 BvR 79/85 u. a.) spricht zwar einerseits für eine weitgehende Öffnung zum Zweitberuf, wenn durch Berufsausübungsregelungen die Gefahr von Interessenkollisionen vermieden wird. Das Gericht hat in diesem Zusammenhang aber auch erneut die Gemeinschaftsgüter der Stellung des Rechtsanwalts als unabhängiges Rechtspflegeorgan und der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege anerkannt. Beides steht nach der einhelligen Auffassung des Ausschusses einer Änderung des § 46 BRAO in dem gewünschten Sinn entgegen.

Zu Nummer 20 (§ 49b Abs. 4 BRAO)

Der Bundesgerichtshof hat mit zwei Entscheidungen vom 25. März (IX Z R 192/92) und vom 13. Mai 1993 (IX Z R 234/92) zur Frage der Abtretung von anwaltlichen Gebührenforderungen festgestellt, daß eine solche regelmäßig die Offenbarung von Informationen über den Mandanten enthält, deren Vertraulichkeit durch § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB geschützt ist. Wirksam ist sie im Hinblick auf § 134 BGB nur, wenn entweder der Rechtsanwalt die Zustimmung des Mandanten zur Weitergabe von Informationen aus dem Mandatsverhältnis einholt oder Zessionar und Zedent denselben Schweigepflichten unterworfen sind. Dem wird mit der gegenüber dem Regierungsentwurf veränderten Fassung des § 49b Abs. 4 klarstellend Rechnung getragen.

Zu Nummer 21 (§ 50 Abs. 5 BRAO)

Redaktionelle Klarstellung.

Zu Nummer 22 (§ 51a BRAO)

Die Paragraphenbezeichnung der Regelung über die Berufshaftpflichtversicherung war zunächst redaktionell von § 51a in § 51 zu ändern.

Die Regelungen über die Berufshaftpflichtversicherung im einzelnen bedurften einer Anpassung an versicherungsrechtliche Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften (Dritte Schadensversicherungsrichtlinie, Dritte Lebensversicherungsrichtli-

nie, Zweite Dienstleistungsrichtlinie Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz).

Darüber hinaus hat der Ausschuß die Sätze 2 und 3 gestrichen. Zwar nimmt ein Teil der Anwälte diese Tätigkeiten im Rahmen ihres Berufes wahr; sie gehören aber nicht zu denjenigen, die ausschließlich von Anwälten wahrgenommen werden (berufstypische Anwaltstätigkeiten). Insbesondere jüngere Anwälte konzentrieren sich am Anfang ihrer Berufstätigkeit in erster Linie auf die berufstypische anwaltliche Tätigkeit, die nach § 51 pflichtzuversichern ist. Werden von der — auch für die Anwaltszulassung erforderlichen — Pflicht zur Versicherung auch sogleich die „anwaltsüblichen Nebentätigkeiten“ erfaßt, so werden damit ohne Grund über höhere Prämien die mit diesen Tätigkeiten verbundenen Versicherungsrisiken auf die Gemeinschaft aller Versicherten umgelegt. Dafür sieht der Ausschuß keine Notwendigkeit. Wer als Rechtsanwalt auch tätig werden will als Zwangsverwalter, Sequester, Sachwalter, Gläubigerausschußmitglied und Gläubigerbeiratsmitglied, Testamentvollstrecker, Nachlaßpfleger, Nachlaßverwalter, Vormund, Betreuer und Beistand, Schiedsrichter, Abwickler einer Praxis gemäß § 55 BRAO, Zustellungsbevollmächtigter gemäß § 30 BRAO, Insolvenzverwalter oder gerichtlich bestellter Liquidator, hat für dieses Risiko eine gesonderte Berufshaftpflichtversicherung in angemessener Höhe abzuschließen und aufrechtzuerhalten.

Zu Nummer 22 (§ 51 b BRAO)

Die Paragraphenbezeichnung war der Vorschrift über die Berufshaftpflichtversicherung redaktionell anzupassen. Sie lautet jetzt § 51 a. Der Rechtsausschuß stimmt im übrigen dem Vorschlag des Bundesrates in der Fassung der Gegenäußerung der Bundesregierung zu, die Zustimmungserklärung zu einer Beschränkung der Haftung auf einzelne Mitglieder der Sozietät frei von anderen Erklärungen zu halten und vom Auftraggeber unterschreiben zu lassen. Damit wird klargestellt, daß es nur um eine Beschränkung der persönlichen Haftung auf einzelne Mitglieder der Sozietät geht. Dadurch soll der Auftraggeber davor geschützt werden, daß er die ihm abverlangte Erklärung übersieht. Darüber hinaus hat der Rechtsausschuß entsprechend der Gegenäußerung der Bundesregierung dem Vorschlag des Bundesrates insoweit zugestimmt, als das Wort „persönliche“ vor dem Wort „Haftung“ eingefügt wird. Dadurch soll sichergestellt werden, daß die etwaige Haftung des Gesellschaftsvermögens hierdurch nicht ausgeschlossen wird.

Der Ausschuß geht davon aus, daß die in Absatz 2 Satz 1 normierte gesamtschuldnerische Haftung der „Mitglieder einer Sozietät“ für alle derzeit und künftig möglichen Formen einer beruflichen Zusammenarbeit — etwa die Partnerschaft — gilt. Eine Beschränkung der Regelung auf Sozietäten, die als Gesellschaft bürgerlichen Rechts gebildet sind, ist nicht beabsichtigt.

Nicht aufgegriffen wird der Vorschlag des Bundesrates, die Möglichkeit der vertraglichen Haftungsbeschränkung einzuengen auf „Fälle einfacher Fahrlässigkeit“. Der Ausschuß sähe als Folge einer solchen

Regelung erhebliche Schwierigkeiten für die Rechtsanwendung. Gerade bei den in der Praxis immer wieder vorkommenden Fällen, daß bei der Notierung und Beachtung von Verjährungs- oder Rechtsmittelfristen Fehler unterlaufen, würde erhebliche Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen einfacher und sonstiger Fahrlässigkeit begründen. Daß die Regelung nicht unbillig ist, hat die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates dargelegt.

Zu Nummer 23

Redaktionelle Anpassung an die Änderung der Paragraphenbezeichnung der Vorschriften über die Berufshaftpflichtversicherung. Der bisherige § 51 wird nun § 51 b.

Zu Nummer 25 (§ 59 a Abs. 3 BRAO)

Redaktionelle Änderung im Hinblick auf den Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992.

Zu Nummer 25 (§ 59 b Abs. 2, Abs. 2 Nr. 1, 8 BRAO)

Der Ausschuß ist der Auffassung, daß das Wort „insbesondere“ gestrichen werden soll. Der Regelungsumfang der Satzungscompetenz ist abschließend zu bestimmen.

In der Frage der Verpflichtung des Rechtsanwalts zur Fortbildung hält der Ausschuß es zwar für richtig, diese Pflicht als Grundpflicht in § 43 a zu normieren, hält es jedoch nicht für angezeigt, daß diese Pflicht durch die Berufsordnung näher geregelt werden soll, weil dem einzelnen Rechtsanwalt die Art und Weise, wie er dieser Berufspflicht nachkommt, nicht vorgeschrieben werden soll. § 59 b Abs. 2 Nr. 1 war dementsprechend anzupassen. § 59 b Abs. 2 Nr. 8 in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung korrigiert einen Schreibfehler.

Zu Nummer 28 (§ 113 Abs. 2 BRAO)

Redaktionelle Anpassung an den Sprachgebrauch des Strafgesetzbuches und des Ordnungswidrigkeitengesetzes.

Zu Nummer 29 (§ 143 Abs. 4 BRAO)

Redaktionelle Änderung im Einleitungssatz.

Zu Nummer 33 (§ 191 a Abs. 4 BRAO)

Der Rechtsausschuß folgt dem Vorschlag der Bundesregierung nicht, den Präsidenten der Bundesrechtsanwaltskammer und die Präsidenten der Rechtsanwaltskammern als geborene Mitglieder der Satzungsversammlung mit Stimmrecht vorzusehen. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß die stimmberechtigten Mitglieder der Satzungsversammlung ausschließlich aus Wahlen der Mitglieder der Kammern hervorgehen sollen. Das schließt nicht aus, daß auch der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer und die Präsidenten der Rechtsanwaltskammern als Mitglieder der Satzungsversammlung gewählt werden können, so daß sie dann stimmberechtigt sind.

Zu Nummer 33 (§ 191 b BRAO)

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag der Bundesregierung zum Wahlverfahren zur Wahl der Satzungsversammlung nicht. Um die Akzeptanz der Beschlüsse der Satzungsversammlung zu erhöhen, hält es der Ausschuß für erforderlich, nach den Grundsätzen der Persönlichkeitswahl und durch Briefwahl zu wählen. Weitere gesetzliche Vorgaben zum Verfahren bei der Briefwahl hält der Ausschuß nicht für notwendig. Für zulässig erachtet er, daß auch im Rahmen einer Kammerversammlung den Teilnehmern Gelegenheit gegeben wird, ihren Stimmbrief abzugeben, sofern auch für die Nicht-Erschienenen diese Möglichkeit auf dem Postweg besteht.

Zu Nummer 33 (§ 191 c Abs. 2 BRAO)

Folgeänderung zu § 191 a Abs. 4.

Zu Nummer 33 (§ 191 d Abs. 2 und 3 BRAO)

Hier handelt es sich um Folgeänderungen zu § 191 a Abs. 4. Darüber hinaus hat der Ausschuß die in dem Entwurf der Bundesregierung enthaltene Vertretungsregelung geändert. Angesichts der Bedeutung der Beschlüsse der Satzungsversammlung für das anwaltliche Berufsrecht ist der Ausschuß der Auffassung, daß die Satzungsversammlung in ihrer der Wahl entsprechenden, ursprünglichen Zusammensetzung entscheiden, eine Vertretung mithin nicht stattfinden soll. Dies soll auch gelten für den Fall, daß der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer und die Präsidenten der Rechtsanwaltskammern der Satzungsversammlung ohne Stimmrecht angehören (§ 191 d Abs. 4 BRAO).

Zu Nummer 33 (§ 191 e BRAO)

Dem Vorschlag der Bundesregierung, lediglich auf Antrag des Bundesministeriums der Justiz eine gerichtliche Nachprüfung der Satzungsbestimmungen einzuleiten, folgt der Rechtsausschuß nicht. In der Anhörung am 1. Dezember 1993 wurden gegen diesen Vorschlag verfassungsrechtliche Bedenken erhoben, die sich der Ausschuß zu eigen macht. Das im Rahmen der Satzungsautonomie gesetzte Recht muß mit

höherrangigem Recht, vor allem mit dem Grundgesetz, voll in Übereinstimmung stehen. Für die Beachtung dieser Schranke der Satzungskompetenz kommt der Staatsaufsicht eine wichtige Funktion zu, die sie nicht im Wege der Veranlassung lediglich einer gerichtlichen Nachprüfung delegieren kann. Nach Auffassung des Ausschusses wird dem Gebot der staatlichen Aufsicht über die Satzungsgebung von Selbstverwaltungseinheiten der freien Berufe dadurch Rechnung getragen, daß die Aufsichtsbehörde die Möglichkeit erhält, die Satzung oder einzelne Bestimmungen aufzuheben, dieses aber — im Interesse der unverzichtbaren Rechtssicherheit — nur innerhalb einer vom Gesetzgeber vorgegebenen Frist geschehen kann.

Zu Nummer 35 (§ 201 Abs. 3 BRAO)

Folgeänderung zu § 191 e.

Zu Nummer 35 a (§ 205 a Abs. 3 BRAO)

Die Änderung des § 205 a Abs. 3 war geboten, weil in der Praxis häufig unter dem Gesichtspunkt der Einheit des Dienstvergehens standesrechtliche Pflichtverstöße von Anwaltsnotaren im Disziplinarverfahren (§ 110 BNotO) und notarielle Amtspflichtverletzungen in ihrem Gerichtsverfahren (künftig Anwaltsgerichtsverfahren) nach § 118 a Abs. 1 BRAO verfolgt werden. Die Tilgungsvorschriften der berufrechtlichen Gesetze (§ 110 a Abs. 3 BNotO, § 205 a Abs. 3 BRAO) tragen dem nicht hinreichend Rechnung.

Zu Nummer 37 (§ 209 Abs. 1 Satz 4 BRAO)

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 38 (§ 226 Abs. 2 BRAO)

Es handelt sich um eine Folgeänderung im Hinblick auf den Wegfall der Nummern 5 (§ 20 BRAO) und 7 (§ 25 BRAO) und der Regelung der Zulassung beim Oberlandesgericht in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Zu Nummer 41 a (§ 107 Abs. 2, § 109 Abs. 1, § 163 Satz 1, § 169 Abs. 1, § 170 Abs. 1, § 173 Abs. 1, 2, § 176 Abs. 2, § 185 Abs. 4, § 191 Abs. 1, § 206 Abs. 2 Satz 2, § 221 Satz 2, § 224 und Überschrift des § 163 BRAO)

Redaktionelle Anpassung infolge der Neuregelung der sächlichen Bezeichnung der Bundesministerien.

Zu Artikel 2 (Änderung der Patentanwaltsordnung)**Zu Nummer 8 (§ 23 Abs. 3 PatAnwO)**

Wie zu Artikel 1 Nr. 4 a.

Zu Nummer 13 (§ 39 b PatAnwO)

Wie zu Artikel 1 Nr. 17.

Zu Nummer 14 (§ 41 PatAnwO)

Der Ausschuß ist mit der Bundesregierung der Auffassung, daß auch für den Beruf des Patentanwalts eine Regelung erforderlich ist, um eine „berufliche Doppelbefassung“ auszuschließen, sofern die Gefahr einer Interessenkollision besteht. Analog Artikel 1 Nr. 18 (§ 45 BRAO) und Nr. 18 a (§ 46 BRAO) sollen in § 41 PatAnwO Beschränkungen der Berufstätigkeit allgemein und in § 41 a PatAnwO Beschränkungen der Berufstätigkeit der Patentsyndikusanwälte geregelt werden.

Der Ausschuß hat in § 41 Abs. 1 Nr. 1 PatAnwO das Wort „insbesondere“ gestrichen, weil eine Tätigkeit in derselben Rechtssache in einer anderen Funktion als in den genannten nicht in Betracht kommt.

§ 41 Abs. 1 Nr. 2 greift den Vorschlag der Bundesregierung in § 41 Abs. 1 Nr. 3 ihres Entwurfs auf, wobei zunächst das Wort „war“ durch „ist“ ersetzt worden ist. Damit soll klargestellt werden, daß nur die gleichzeitige berufliche Befassung ausgeschlossen sein soll.

Der Ausschuß ist dem Vorschlag der Bundesregierung auch insoweit nicht gefolgt, als er die Begriffe „derselbe Zweig der Technik bzw. dasselbe Fachgebiet“ ersetzt hat durch den Begriff „vergleichbarer technischer oder naturwissenschaftlicher Gegenstand oder Sachverhalt“. Ziel der gesetzlichen Regelung ist es, Interessenkonflikte zwischen den Pflichten des Patentanwalts gegenüber den Mandanten und den Pflichten, die sich aus einer anderen geschäftlichen oder beruflichen Tätigkeit ergeben, zu vermeiden. Es soll verhindert werden, daß anläßlich der Beratung eines Mandanten gewonnenes Wissen im Zusammenhang mit einer anderen geschäftlichen oder beruflichen Tätigkeit verwendet wird oder umgekehrt. Die Versagung der Berufstätigkeit nicht nur in derselben Angelegenheit, sondern auch mit einer solchen, die einen vergleichbaren technischen oder naturwissenschaftlichen Gegenstand oder Sachverhalt betrifft, soll verhindern, daß das technische oder naturwissenschaftliche „Know-how“ von einem Beruf in den anderen transportiert wird.

§ 41 Abs. 2 enthält die Umkehrung des Verbots von § 41 Abs. 1 Nr. 2 und greift § 41 Abs. 2 Nr. 2 des Regierungsentwurfs auf.

Zu Nummer 15 (§ 41 a PatAnwO)

Der Rechtsausschuß hat in § 41 a Abs. 1 ebenso wie in § 46 BRAO das Wort „überwiegend“ gestrichen, um das Tätigkeitsverbot für den Patentsyndikusanwalt klarer zu umreißen.

Mit dem neuen Absatz 2 des § 41 a wird im Grundsatz der Vorschlag der Bundesregierung in § 41 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 1 aufgegriffen. Auch hier ist das Wort „war“ durch „ist“ aus den gleichen Gründen ersetzt worden wie in § 41. Mit der Formulierung in § 41 a Abs. 2 Nr. 1 wird klargestellt, daß der Patentanwalt in einem ständigen Dienstverhältnis einen Mandanten nicht beraten darf, wenn sich aus dem ihm unterbreiteten Gegenstand oder Sachverhalt eine technische oder naturwissenschaftliche Verwertbarkeit für das Arbeitsgebiet ergibt, mit dem er als angestellter Patentanwalt für seinen Arbeitgeber befaßt ist. Gleiches gilt auch umgekehrt. Mit der Formulierung „es sei denn, es besteht ein gemeinsames Interesse“ soll zum Ausdruck gebracht werden, daß das Tätigkeitsverbot dann nicht gilt, wenn sich die Interessen des Dienstherrn und des anwaltlich Vertretenen im konkreten Einzelfall decken.

Zu Nummer 17 (§ 43 a Abs. 3 PatAnwO)

Wie zu Artikel 1 Nr. 20.

Zu Nummer 18 (§ 44 Abs. 5 PatAnwO)

Wie zu Artikel 1 Nr. 21.

Zu Nummer 19 (§ 45 PatAnwO)

Wie zu Artikel 1 Nr. 22 (§ 51 a).

Zu Nummer 19 (§ 45 a PatAnwO)

Wie zu Artikel 1 Nr. 22 (§ 51 a).

Zu Nummer 24 (§ 52 a Abs. 3 PatAnwO)

Wie zu Artikel 1 Nr. 25 (§ 59 a Abs. 3).

Zu Nummer 24 (§ 52 b Abs. 2, Abs. 2 Nr. 1 PatAnwO)

Wie zu Artikel 1 Nr. 25 (§ 59 b Abs. 2, Abs. 2 Nr. 1).

Zu Nummer 25 a (§ 82 a PatAnwO)

Wie zu Artikel 1 Nr. 33.

Zu Nummer 27 (§ 95 Abs. 2 PatAnwO)

Wie zu Artikel 1 Nr. 28.

Zu Nummer 29 (§ 154 a PatAnwO)

Redaktionelle Änderung im Hinblick auf den Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992.

Zu Nummer 32 (§ 155 PatAnwO)

Der Regierungsentwurf sieht eine Regelung vor, die den Patentanwalt in einem ständigen Dienst- oder ähnliche Beschäftigungsverhältnis von den Beratungs- und Vertretungsbefugnissen eines Patentassessors nach § 155 vollständig ausschließt. Dies hält der Ausschuß für zu weitgehend. Ein erhebliches Interesse der Wirtschaft, dem Patentassessor, der zugleich zur Patentanwaltschaft zugelassen ist, die Befugnisse des § 155 Abs. 1 Nr. 1 zu erhalten, ist deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Da der vertretene „Dritte“ und der „Dienstherr des Patentassessors“ in einem Verhältnis von Konzernunternehmen oder Vertragsteilen eines Unternehmensvertrages sein müssen, sind die mit der Beratung oder Vertretung verfolgten Ziele gleichgelagert, so daß Interessenkollisionen nicht zu besorgen sind.

Mit der Beschränkung auf Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 des § 155, die für Patentanwälte in ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnissen nicht gelten sollen, bleiben gewisse Vertretungsrechte der angestellten Patentanwälte gegenüber ihren Arbeitgebern im Rahmen des § 155 PatAnwO gewahrt.

Zu Nummer 38 a (§ 9 Satz 2, § 12 Abs. 1, 2, 3 Satz 2, § 36 Abs. 3 Satz 2, § 56 Abs. 2, § 69 Abs. 2 Nr. 7, § 74 Abs. 1, 2 Satz 1, § 91 Abs. 1 Satz 1, 2, § 93 Abs. 1 Satz 1, § 120 Abs. 2 Satz 1 und § 142 Abs. 1 PatAnwO)

Wie zu Artikel 1 Nr. 41 a.

Zu Artikel 4 (Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte)

Zu Nummer 1 (§ 3 Abs. 1 BRAGO)

Der Rechtsausschuß folgt hier entsprechend der Stellungnahme des Bundesrates und der Gegenäußerung der Bundesregierung einer redaktionellen Anmerkung.

Zu Nummer 2 (§ 3 Abs. 5 BRAGO)

Die vom Rechtsausschuß beschlossene Fassung zu § 3 Abs. 5 Satz 1 BRAGO paßt die Formulierung des Regierungsentwurfs an den Sprachgebrauch der BRAGO an und soll im übrigen klarstellen, daß

Vereinbarungen nach Absatz 1 Satz 1 der Vorschrift nicht ausgeschlossen sind. Die Einfügung des Wortes „satzungsgemäßen“ in Satz 2 dient ebenfalls der Klarstellung. Der Ausschuß sieht keine sachliche Notwendigkeit, in Satz 3 Prozeßverfahren, die ohne streitige Verhandlung durchgeführt werden, und Zwangsvollstreckungsverfahren zur Geltendmachung von dinglichen Ansprüchen den übrigen dort genannten Verfahren gleichzustellen.

Zu Artikel 6 (Änderung der Bundesnotarordnung)

Redaktionelle Änderung.

Zu Artikel 7 (Änderung der Verordnung zur Ausführung des Rechtsberatungsgesetzes)

Redaktionelle Änderung.

Zu Artikel 8 (Änderung des Rechtsanwaltsdienstleistungsgesetzes)

Redaktionelle Änderung.

Zu Artikel 9 (Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung nach der Patentanwaltsordnung und nach dem Gesetz über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Patentanwaltschaft)

Redaktionelle Änderung.

Zu Artikel 10 (Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderung der Gerichtseinteilung)

Redaktionelle Änderung.

Zu Artikel 16 (Änderung des Urheberrechtsgesetzes)

Redaktionelle Änderung.

Zu Artikel 17 (Änderung des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen)

Redaktionelle Änderung.

Zu Artikel 20 (Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden)

Redaktionelle Änderung.

Zu Artikel 21 (Übergangs- und Aufhebungsbestimmungen)**Zu Absatz 12**

Die von der Bundesregierung vorgesehene Regelung war in zwei Punkten zu ergänzen. Aufzunehmen war eine Bestimmung, nach der zugelassene Patentanwälte den Abschluß der Berufshaftpflichtversicherung gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Patentamtes und der Patentanwaltskammer nachzuweisen haben. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Frist für den Nachweis des Abschlusses der Berufshaftpflichtversicherung von drei Monaten erschien dem Ausschuß angesichts der vorzunehmenden Umstellungen als zu kurz. Er hat diese Frist deshalb auf ein Jahr bemessen.

Zu Artikel 22 (Inkrafttreten)

Der Ausschuß hat beschlossen, das Inkrafttreten abweichend vom Regierungsentwurf zu regeln. Es soll zwar grundsätzlich dabei bleiben, daß dieses Gesetz am Tage nach der Verkündung in Kraft tritt, jedoch sollen die mit der Änderung der prozessualen Lokalisierung zusammenhängenden Artikel 1 Nr. 6, 39 sowie die Artikel 3, 10 bis 20 erst am 1. Januar 1995 in Kraft treten. Dieser Inkrafttretenszeitpunkt korre-

spondiert mit § 22 des Gesetzes zur Anpassung der Rechtspflege im Beitrittsgebiet vom 26. Juni 1992, der bestimmt, daß im Anwaltsprozeß vor dem Landgericht und vor dem Amtsgericht, soweit dort in Familiensachen eine anwaltliche Vertretung vorgeschrieben ist, sich eine Partei oder ein am Verfahren beteiligter Dritter bis zum 31. Dezember 1994 von jedem nach dem Rechtsanwaltsgesetz vor einem Amts- oder Landgericht zugelassenen oder bei einem Bezirksgericht registrierten Rechtsanwalt vertreten lassen kann.

Dieser Rechtszustand, der die Vertretungsbefugnisse vor den Land- und Familiengerichten im Anwaltsprozeß auf die Rechtsanwälte in den neuen Ländern beschränkt, soll für weitere drei Jahre festgeschrieben werden. Verfolgt wird das Ziel, den weiteren Aufbau der Versorgung der Bevölkerung mit anwaltlicher Hilfe in den neuen Ländern zu fördern. Während zu Beginn des Jahres 1994 in den neuen Ländern 4 825 (1993: 3 938, 1992: 2 856) Rechtsanwälte zugelassen waren, belief sich ihre Zahl in den alten Ländern auf über 65 000. Auch wenn die Nachfrage nach anwaltlicher Tätigkeit — nicht zuletzt aufgrund der höheren Bevölkerungszahl — größer ist, zeigt die Gegenüberstellung doch, daß die Anwaltsdichte in den neuen Ländern erheblich niedriger liegt. Der Anreiz, sich dort als Rechtsanwalt niederzulassen, soll aufrechterhalten werden, indem die bestehenden Strukturverhältnisse übergangsweise erhalten bleiben.

Bonn, den 13. Mai 1994

Horst Eylmann

Vorsitzender und
Berichterstatter

Detlef Kleinert (Hannover)

Berichterstatter

Klaus-Heiner Lehne

Margot von Renesse

Berichterstatterin